

WIRTSCHAFTSKRAFT KMU 2015



Vorwort

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind prägend für unser Land und stellen einen wichtigen Bereich der heimischen Wirtschaftspolitik dar. Rund 257.000 Betriebe bzw. ein Anteil von 99,6 % der Gesamtheit der Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft zählen zu den KMU. Im Zeitraum 2008 bis 2013 wurden in den heimischen KMU trotz globaler Wirtschaftskrise per Saldo rund 45.000 Arbeitsplätze geschaffen und die Umsätze konnten nominell um mehr als 10 % gesteigert werden. In Proportion zur Mitarbeiterzahl leisten die österreichischen KMU einen überdurchschnittlich hohen Beitrag zur Lehrlingsausbildung und damit zur Bereitstellung zukünftig wichtiger Fachkräfte.

Die vorliegende Broschüre „Wirtschaftskraft KMU“ erscheint bereits zum fünften Mal und liefert eine umfassende Datenbasis zu Bedeutung und Entwicklung der österreichischen kleinen und mittleren Betriebe. Zudem werden wichtige Trends im unternehmerischen Umfeld analysiert. Die Digitalisierung ist aktuell ein wesentlicher Treiber von Veränderungen - nicht nur im Unternehmenssektor, sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft. Wie rasch sich die Unternehmen und unsere Gesellschaft insgesamt auf diesen weitreichenden Wandel einstellen, wird auch für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes mit ausschlaggebend sein. Anhand der Daten zeigt sich, dass die heimischen KMU im internationalen Vergleich bereits überdurchschnittlich häufig Informations- und Kommunikationstechnologien einsetzen. Zu den Herausforderungen für KMU im Bereich Digitalisierung zählen jedoch fehlende Ressourcen (Know-how, Zeit), die höheren Einstiegskosten für bestimmte Technologien sowie größere Risiken.

Eingangs beschäftigt sich die Broschüre mit dem Wirtschaftsstandort Österreich. Ein Blick auf internationale Rankings zeigt: Österreich fällt bei einigen Indikatoren zur Messung der Wettbewerbsfähigkeit zurück. Das Wirtschaftswachstum liegt aufgrund der geringen gesamtwirtschaftlichen Dynamik mittlerweile unter dem EU-Durchschnitt. Diese Fakten sollen zum Anlass genommen werden, wichtige Zukunftsreformen – etwa im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt - umzusetzen. Auch an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen muss weiterhin gearbeitet werden. Zentral sind dabei: Wachstumsimpulse für KMU und Unternehmertum, Abbau bürokratischer und finanzieller Belastungen, Sicherung der zukünftigen Unternehmensfinanzierung sowie Förderung und Ausbildung von Fachkräften für die Wirtschaft. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen der WKO in diesen Bereichen sind in der vorliegenden Broschüre angeführt, ebenso wie wirtschaftspolitische Erfolge, die in den vergangenen Jahren bereits für die österreichischen KMU erzielt werden konnten.

Inhaltsverzeichnis

1	Standort Österreich: wettbewerbsfähig und unternehmerfreundlich?	1
1.1	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen: Wie positioniert sich Österreichs Wirtschaft im internationalen Vergleich?	1
1.2	Rahmenbedingungen für Unternehmer: Wie unternehmerfreundlich ist Österreich?	6
2	Kleine und mittlere Unternehmen prägen unsere Wirtschaft	8
2.1	Welche Bedeutung haben KMU für die österreichische Wirtschaft?	8
2.2	Wie haben sich die österreichischen KMU bis heute entwickelt?	10
2.3	Welche Branchenunterschiede lassen sich bei österreichischen KMU feststellen?	13
2.3.1	Strukturelle Unterschiede	13
2.3.2	Branchenentwicklung	15
2.4	Wie positionieren sich österreichische KMU im internationalen Vergleich?	16
2.5	Wie gestaltet sich die Finanzierungssituation österreichischer KMU?	18
2.5.1	Betriebswirtschaftliche Situation	18
2.5.2	Zugang zu Finanzierung	27
2.6	Welche Rolle spielen KMU als Arbeitgeber und Lehrlingsausbildner?	29
2.6.1	Strukturelle Aspekte	29
2.6.2	Fachkräftemangel	32
3	Rahmenbedingungen unternehmerfreundlich gestalten	33
3.1	Wachstumsimpulse für KMU und Unternehmertum	33
3.1.1	Wirtschaftspolitische Erfolge: Welche Wachstumsimpulse wurden gesetzt?	33
3.1.2	Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?	34
3.2	Bürokratie und Entlastung	36
3.2.1	Wirtschaftspolitische Erfolge: Wie wurden die Unternehmen in den vergangenen Jahren entlastet?	36
3.2.2	Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?	38
3.3	Unternehmensfinanzierung zukünftig sichern	41
3.3.1	Wirtschaftspolitische Erfolge: Wie kann die Finanzierungssituation zukünftig verbessert werden?	41
3.3.2	Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?	42
3.4	Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft	43
3.4.1	Wirtschaftspolitische Erfolge: Was wurde in der bis heute getan, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Beschäftigung zu fördern?	43
3.4.2	Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?	44
4	Veränderungen für KMU durch die Digitalisierung	47
4.1	Welche Chancen und Risiken ergeben sich durch die Digitalisierung?	47
4.2	Status Quo: Wie „digitalisiert“ sind die österreichischen Unternehmen?	49
4.2.1	Grad der Digitalisierung insgesamt im EU-Vergleich	49
4.2.2	Digitalisierung in unterschiedlichen Branchen	51
4.3	Maßnahmen, um die Digitalisierung in KMU weiter zu forcieren	53

1 Standort Österreich: wettbewerbsfähig und unternehmerfreundlich?

Die zukünftige Wirtschaftsentwicklung eines Landes ist wesentlich von seiner Wettbewerbsfähigkeit bzw. seiner Standortattraktivität abhängig. Investitionsentscheidungen von Unternehmen und Investoren richten sich beispielsweise auch danach, wie attraktiv ein Wirtschaftsstandort eingeschätzt wird. Österreich kann im internationalen Vergleich auf Wettbewerbsvorteile in den Bereichen Lebensqualität, Sozialstandards oder duale Ausbildung zählen. In anderen Gebieten (z.B. Bildung, Arbeitsmarkt, Innovationsleistung) kann sich Österreich im internationalen Vergleich jedoch immer weniger gut platzieren, wie internationale Rankings zur Messung der Wettbewerbsfähigkeit zeigen.

Das Konzept und die Messung der „Wettbewerbsfähigkeit“ haben sich über die vergangenen Jahrzehnte gewandelt. Während anfangs ein Land als wettbewerbsfähig galt, wenn es niedrige Kosten aufwies (insbesondere niedrige Löhne, niedrige Kapital- und Energiekosten sowie niedrige Steuern), wurde in den achtziger und neunziger Jahren die ebenso hohe Bedeutung von Technologien und Qualität betont. Zuletzt hat sich der Ansatz durchgesetzt, Wettbewerbsfähigkeit nicht an Inputfaktoren sondern am Ergebnis zu messen, also an der Fähigkeit „Wachstum und Beschäftigung“ oder „Wohlfahrt“ zu generieren. Ein Vorschlag für eine breite Definition von Wettbewerbsfähigkeit lautet demnach: die Fähigkeit einer Wirtschaft, die „Beyond-GDP-Ziele“, also ein Bündel an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielsetzungen, zu erreichen.¹ Neben der traditionellen Beurteilung der Wettbewerbsergebnisse anhand BIP und Wirtschaftswachstum sowie Beschäftigung werden demnach auch soziale und ökologische Indikatoren mit einbezogen.²

Nachfolgend werden die Wettbewerbsfähigkeit und die Unternehmerfreundlichkeit Österreichs anhand unterschiedlicher Indikatoren dargestellt und mit anderen EU-Mitgliedstaaten verglichen.

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen: Wie positioniert sich Österreichs Wirtschaft im internationalen Vergleich?

Ein Blick auf die aktuelle Konjunkturlage zeigt, dass die österreichische Wirtschaft auch im Jahr 2015 lediglich ein schwaches Wachstum aufweisen wird. Das BIP wird lt. Wifo voraussichtlich real um +0,7 % wachsen. Aufgrund der Krise in den Schwellenländern fällt auch die Expansion des heimischen Exports 2015 mäßig aus (Warenexporte: +2,5 %). Die Investitionsnachfrage expandiert verhalten mit +0,4 %. Auch im Konsum (2015: +0,4 %) wird seit einigen Jahren kaum eine Expansion verzeichnet. Trotz der mäßigen Konjunktorentwicklung schafften die Unternehmen weiterhin Arbeitsplätze: Die Zahl der Beschäftigten steigt 2015 um +0,9 %. Aus demografischen Gründen sowie auch aufgrund der Maßnahmen zur Beschränkung der Frühpension betrifft dieses Wachstum ausschließlich die Gruppe der über 50-Jährigen Beschäftigten.

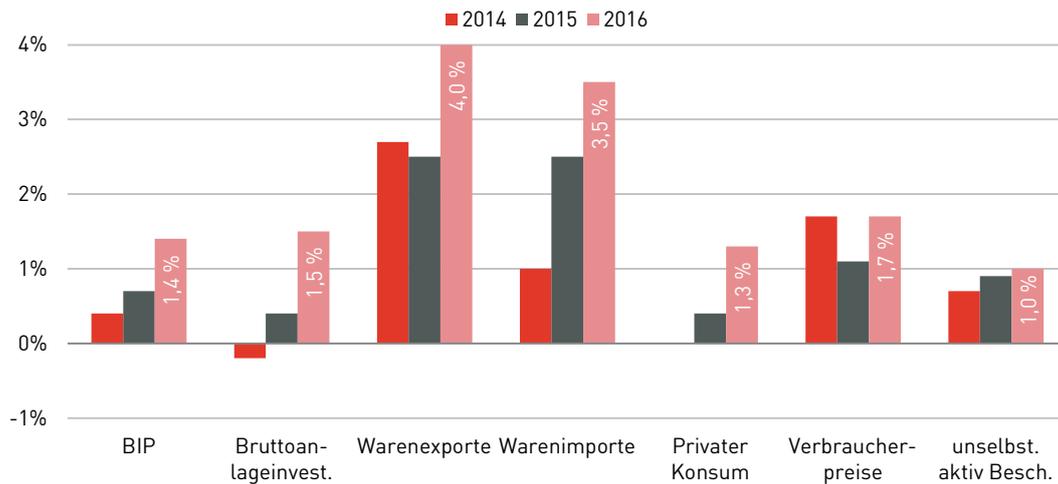
Für 2016 wird mit einer zunehmenden Dynamik und einem realen Anstieg des BIPs um +1,4 % gerechnet. Die Wirtschaft in den Schwellenländern, die bislang insbesondere durch den Verfall der Rohstoffpreise belastet war, wird sich voraussichtlich 2016 erholen und deutlichere Exportzuwächse für die österreichische Wirtschaft ermöglichen (2016: +4,0 %). Durch die verstärkte Nachfrage des Aus-

¹ Siehe etwa: Aiginger/Vogel/Bärenthaler-Sieberer (2014): Von einer Neudefinition von „Wettbewerbsfähigkeit“ zur Behebung des Reformstaus in Österreich. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3-4 2014; Henseler, S. et al. (2015): Monitoring Report 2015, Austria in International Rankings. Austrian Federal Economic Chamber, Economic Policy Department.

² Vgl. Aiginger/Vogel/Bärenthaler-Sieberer (2014): Von einer Neudefinition von „Wettbewerbsfähigkeit“ zur Behebung des Reformstaus in Österreich. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3-4 2014

landes nach heimischen Waren sowie auch aufgrund der öffentlichen Wohnbauinitiative wird auch mit einer Belebung der Investitionsnachfrage gerechnet (2016: +1,5 %). Die ab 2016 greifende Steuerreform soll zudem im privaten Konsum 2016 für etwas mehr Dynamik sorgen (2016: +1,3 %). Die Beschäftigung expandiert erneut (+1,0 %).

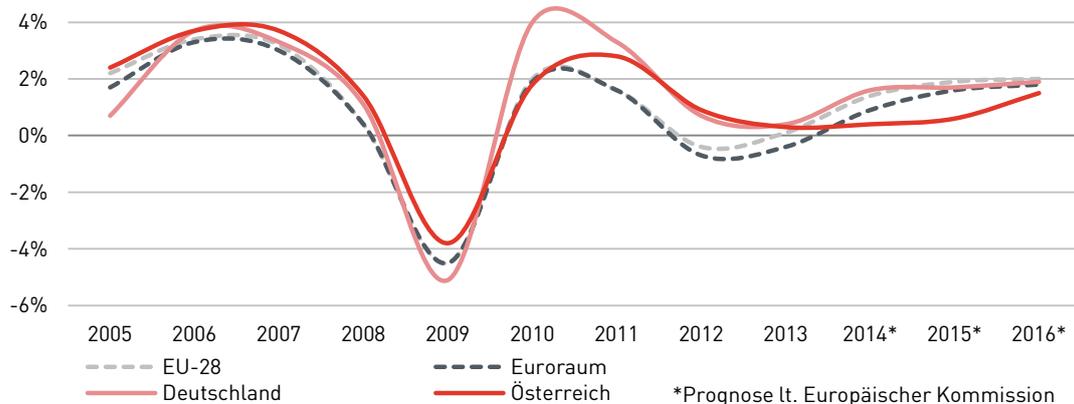
Entwicklung der Hauptindikatoren 2014 sowie Prognose 2015 und 2016, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Statistik Austria, Wifo, Konjunkturprognose September 2015

Eine Betrachtung der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren zeigt, dass sich Österreich in den meisten Bereichen im EU-Vergleich weiterhin gut platziert. Das BIP pro Kopf liegt in Österreich innerhalb der EU an zweiter Stelle (hinter Luxemburg)³. Aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Dynamik fällt Österreich allerdings beim Wirtschaftswachstum mittlerweile hinter den EU-Durchschnitt zurück.

Wachstum des realen BIP 2005 -2016, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission, 2015

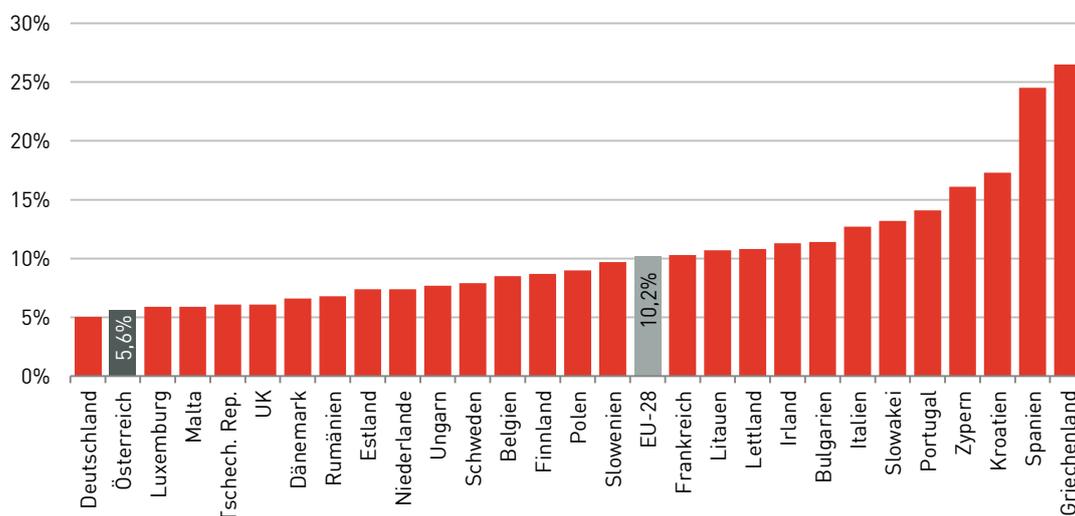
³ Quelle: Eurostat, aktuellste verfügbare Daten für 2013

Unterschiedliche Faktoren führen dazu, dass die Arbeitslosigkeit für die Jahre 2015 und 2016 erneut ansteigen wird. Die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition wird lt. Wifo-Herbst-Prognose 2015 von 8,4 % im Jahr 2014 auf 9,2 % im Jahr 2015 und 9,7 % im Jahr 2016 steigen. Gründe sind Zugangsbeschränkungen zur Pension, Einschränkung von Schulungen für Arbeitslose, Anstieg der Arbeitskräfte aus dem Ausland sowie der anhaltende Trend einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung.

Österreich weist innerhalb der EU die zweitniedrigste Arbeitslosenquote hinter Deutschland auf. Im Vergleich zu den Vorjahren hat Österreich den Spitzenplatz der niedrigsten Arbeitslosenquote an Deutschland verloren. Die österreichische Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition⁴ belief sich 2014 auf 5,6 % während die durchschnittliche Arbeitslosenquote der EU-28 mit 10,2 % fast doppelt so hoch war.

Gute Platzierungen erreicht Österreich auch bei der Jugendarbeitslosigkeit, die 2014 mit 10,3 % ebenfalls deutlich unter dem EU-Durchschnitt lag (22,2 %), jedoch höher als jene von Deutschland (7,7 %) war.⁵

Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition 2014



Quelle: Eurostat, 2015

Um zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben, sind bestimmte „Fähigkeiten“ einer Volkswirtschaft zentral. Dazu zählen insbesondere Innovationskraft, Bildungssystem, Sozialsystem, ökologische Ambition und unterstützende Institutionen⁶. Hinsichtlich einiger dieser zukünftig wichtigen Fähigkeiten kann sich Österreich allerdings im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld platzieren.

Im Innovationsranking der Europäischen Kommission⁷ zählt Österreich etwa zu den „Innovation Followern“ und ist gegenüber 2014 um einen weiteren Platz zurückgefallen (vom 10. auf den 11. Platz). Österreich hat damit zum vierten Mal in Folge einen Rankingplatz eingebüßt und liegt nur mehr knapp über dem EU-Durchschnitt.

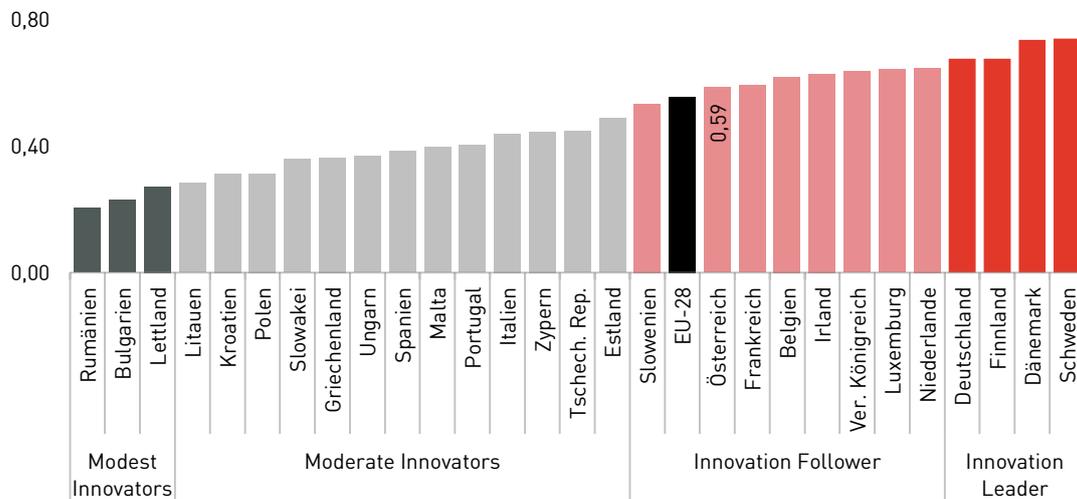
⁴ Die Eurostat-Definition der Arbeitslosenquote unterscheidet sich von der österreichischen Definition laut AMS dadurch, dass auch selbstständig Beschäftigte in die Berechnungsbasis miteinbezogen werden. Die Eurostat-Arbeitslosenquote fällt dadurch geringer aus.

⁵ Quelle: Eurostat, 2015

⁶ Gemessen an der Deregulierung von Arbeits- und Produktmärkten, Vertrauen in Regierung und Parlament, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionskontrolle; Quelle: Aiginger/Vogel/Bärenthaler-Sieberer (2014): Von einer Neudefinition von „Wettbewerbsfähigkeit“ zur Behebung des Reformstaus in Österreich. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3-4 2014

⁷ Innovation Union Scoreboard; <http://ec.europa.eu/research/innovation-union>

Innovation Union Scoreboard 2014, Innovationsleistung der EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Europäische Kommission, 2015

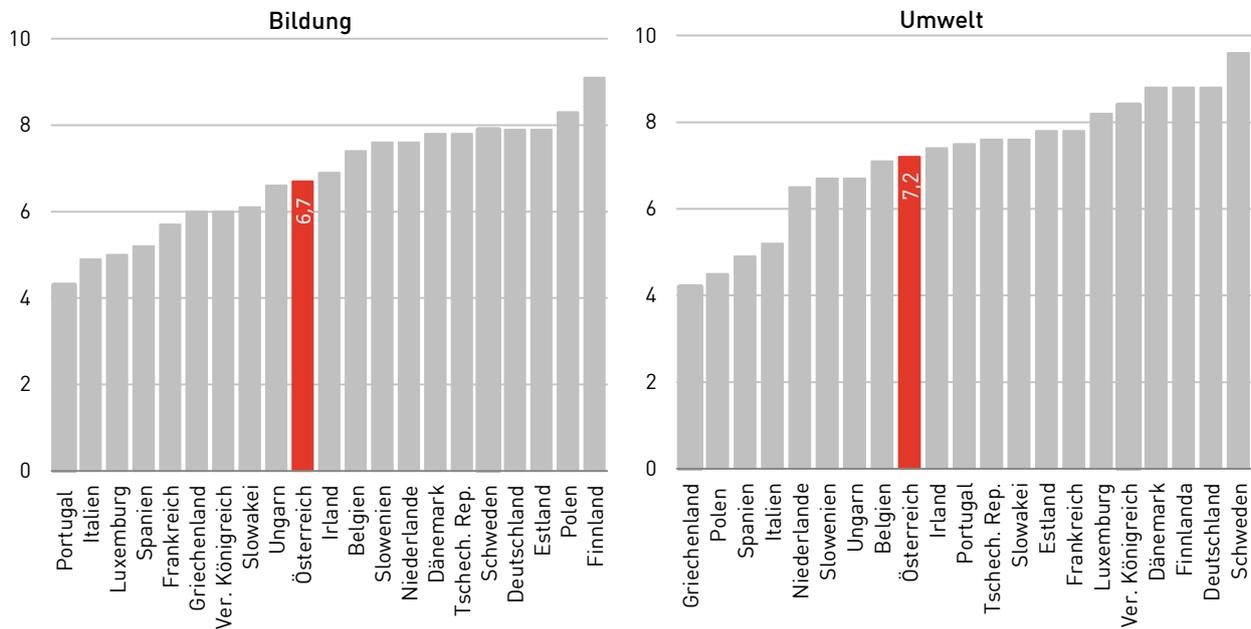
Österreich hat zwar seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht, ist jedoch von den Top-Ländern Finnland, Schweden und Dänemark nach wie vor weit entfernt. Defizite werden auch im Bildungsbereich deutlich: Während die duale Ausbildung als wesentliche Stärke gilt, weist Österreich eine geringe Akademikerquote (v.a. auch in technischen und naturwissenschaftlichen „MINT“-Fächern) auf. Die Bildungsausgaben sind zwar hoch, die Ergebnisse und der Chancenausgleich allerdings gering. Bei sozialen Indikatoren wie Armutsgefährdung, oder bei der Gleichheit der Einkommensverteilung kann sich Österreich jeweils unter die besten zehn EU-Länder reihen.⁸

Bei den ökologischen Indikatoren zeigt sich ein gemischtes Bild: Österreich erzeugt einen überdurchschnittlich hohen Anteil seiner Elektrizität aus erneuerbaren Quellen, erzielt bei CO₂-Emissionsintensität und Energieintensität guten Werte, allerdings gingen etwa Stickstoffausstoß und CO₂-Intensität – aus dynamischer Sicht – weniger stark zurück als in anderen Ländern und die Feinstaubbelastung ist überdurchschnittlich hoch.⁹

⁸ Quellen: Eurostat, OECD, Aiginger/Vogel/Bärenthaler-Sieberer (2014): Von einer Neudefinition von „Wettbewerbsfähigkeit“ zur Behebung des Reformstaus in Österreich. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3-4 2014

⁹ Quellen: ebd.

Better Life Index für die Bereiche Bildung und Umwelt, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten, 2015

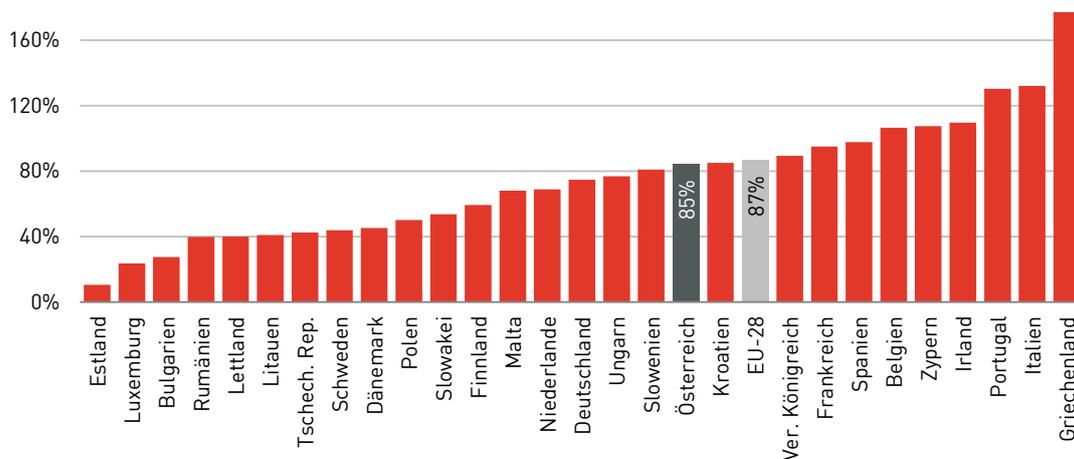


Anmerkung: Der Better Life Index misst das gesellschaftliche Wohlergehen in verschiedenen Ländern anhand von elf Themenfeldern. Das Themenfeld Bildung umfasst Indikatoren zu Bildungsdauer, Bildungsabschlüssen, Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA sowie Genderdifferenzen. Das Themenfeld Umwelt umfasst Indikatoren zu Luftverschmutzung, Feinstaubbelastung und Wasserqualität.

Quelle: OECD, 2015

Der zukünftige Handlungsspielraum des Staates wird durch die zunehmende Staatsverschuldung eingeschränkt. Der Finanzierungssaldo bzw. die Neuverschuldung des österreichischen Staates lag 2014 bei -2,4 % des BIP (Durchschnitt der EU-28: -2,9 %). Die öffentliche Gesamtverschuldung Österreichs ist damit weiter angestiegen und erreichte 2014 mit einem Anteil von 85 % des BIP einen neuen Höchststand (in den 1970er Jahren lag die Gesamtverschuldung beispielsweise noch bei unter 20 %).

Öffentlicher Schuldenstand lt. Maastricht-Definition 2014, in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, 2015

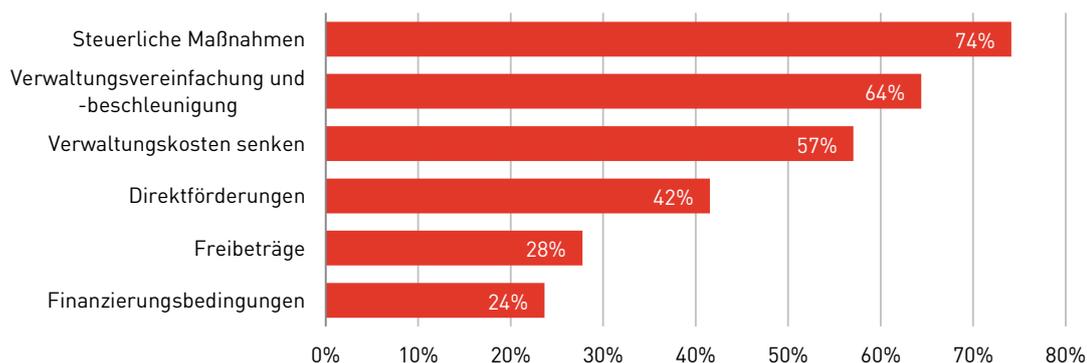
1.2 Rahmenbedingungen für Unternehmer: Wie unternehmerfreundlich ist Österreich?

Neben der gesamtwirtschaftlichen Situation ist für die österreichischen Unternehmen vor allem auch von Bedeutung, wie „unternehmerfreundlich“ die Rahmenbedingungen ausgestaltet sind. Der „Doing Business Report“¹⁰ der Weltbank analysiert die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit von Unternehmen, das Regulierungsumfeld sowie Reformschritte in insgesamt 189 Ländern. Österreich nimmt in diesem Ranking den 21. Platz ein bzw. den 8. Platz innerhalb der EU-28. Verbesserungen konnten für Österreich im Ranking in einzelnen Bereichen durch Reformschritte (z.B. GmbH-Gründung) erzielt werden. Bei der Unternehmensbesteuerung und dem Zugang zu Krediten wird währenddessen Verbesserungspotential gesehen.

Diese Bewertungen stimmen weitestgehend mit jenen der Expertenbefragung im Rahmen des Global Entrepreneurship Monitors¹¹ überein. Neben dem finanziellen Umfeld (insbesondere Zugang zu Bankkrediten und Risikokapital) werden die bürokratische und steuerliche Belastung der Unternehmen und weiters die unternehmerische Erziehung in der Primär und Sekundarstufe als Felder, in denen Verbesserungen notwendig sind, gesehen. Positive Bewertungen erhält währenddessen die Förderlandschaft für Unternehmen in Österreich. Im EU-Vergleich zeigt sich, dass Österreich zu den Ländern mit der höchsten Abgabenquote zählt. Die Summe der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge beträgt in Österreich über 43 % des BIP und gehört damit zu den höchsten innerhalb der EU-28 (Durchschnitt: 39 %). Besonders hoch sind in Österreich die Steuern auf Arbeit, lediglich in Schweden und den Niederlanden machen Steuern auf Arbeit einen noch höheren Anteil des gesamten Steueraufkommens aus.¹²

Steuerliche Maßnahmen (z.B. Degressive Afa, Abschreibungszeitraum) zählen aus Sicht der österreichischen KMU auch zu jenen wichtigen Rahmenbedingungen, die zukünftig Investitionsanreize schaffen könnten. Auch Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung sowie das Senken der Verwaltungskosten können aus Sicht der Unternehmen wichtige Impulse für Investitionen setzen.

Rahmenbedingungen, die aus Sicht der Unternehmer notwendig wären, um Investitionsanreize zu schaffen, Anteile der KMU¹ in Prozent, Herbst 2015



¹ exkl. Ein-Personen-Unternehmen

Quelle: WKO Wirtschaftsbarometer, Herbst 2015

Die angeführten Entwicklungen machen den Reformbedarf in Österreich deutlich. Zu wichtigen Bereichen, in denen zukünftig Reformen notwendig werden, zählen: Komplexität von Regulierungen, Höhe der Steuern und Abgaben, Arbeitsmarkt sowie Bildungssystem.

¹⁰ <http://www.doingbusiness.org>

¹¹ <http://www.gemaustria.at/>

¹² Quelle: Eurostat, Daten für das Jahr 2012

85,5%
kleinst

12,1%
klein

2,0%
mittel

99,6% aller Unternehmen

65,6% der Beschäftigten

63,0% der Umsätze

51,0% der Bruttoinvestitionen

58,6% der Bruttowertschöpfung

KMU in Österreich

96,7% aller Ausbildungsbetriebe
und bilden **7** von **10** Lehrlingen aus

63% in der Gewinnzone **75%** mit positivem Eigenkapital

240.000 Euro
Umsatz je Beschäftigtem

3,1%
Umsatzrentabilität

30%
Eigenkapitalquote

Quellen: Statistik Austria, KMU Forschung Austria, WKÖ

2 KMU prägen unsere Wirtschaft

2.1 Welche Bedeutung haben KMU für die österreichische Wirtschaft?

Definition von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz oder die Bilanzsumme dar.

	Beschäftigte	Umsatz in Mio. €	Bilanzsumme in Mio.€
Kleinstunternehmen	0 - 9	≤ 2	≤ 2
Kleinunternehmen	10 - 49	≤ 10	≤ 10
Mittlere Unternehmen	50 - 249	≤ 50	≤ 43

Weiters muss ein KMU ein "eigenständiges" Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen (= ein Unternehmen hält allein oder gemeinsam mit einem oder mehreren verbundenen Unternehmen 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte eines anderen Unternehmens) oder ein verbundenes Unternehmen handelt.¹³

Kleine und mittlere Betriebe sind für die österreichische Wirtschaft von großer Bedeutung. Im Jahr 2013 zählten fast 257.000 bzw. 99,6 % aller Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft in Österreich zu den KMU. Diese beschäftigten knapp 1,7 Mio. Personen und boten damit zwei Drittel aller selbstständig und unselbstständig Beschäftigten einen Arbeitsplatz.

Innerhalb der KMU hatte der Großteil der Unternehmen (rund 86 %) 0 bis 9 Mitarbeiter. Die meisten Beschäftigten in KMU entfallen auf Betriebe mit 0 bis 9 bzw. 10 bis 49 Arbeitnehmer (jeweils rund 23 %).

Unternehmen und Beschäftigte 2013

	Unternehmen		Beschäftigte insgesamt	
	Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %
0-9 Beschäftigte	220.537	85,5	586.089	22,6
10-49 Beschäftigte	31.327	12,1	605.283	23,4
50-249 Beschäftigte	5.052	2,0	507.757	19,6
0-249 Beschäftigte (KMU)	256.916	99,6	1.699.129	65,6
250 und mehr Beschäftigte (GU)	1.073	0,4	890.514	34,4
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	257.989	100,0	2.589.643	100,0

Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

¹³ Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen In der amtlichen Statistik wird als Abgrenzung für KMU ausschließlich die Anzahl der Beschäftigten verwendet.

Die KMU erzielten im Jahr 2013 Umsatzerlöse in der Höhe von 408 Mrd. Euro und eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von fast 94 Mrd. Euro. Dies entspricht rund 63 % der Umsätze und 59 % der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in Österreich. Zudem waren etwas mehr als die Hälfte der Bruttoinvestitionen bzw. rund 15 Mrd. Euro den KMU zuzurechnen.

Innerhalb der KMU trugen die Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten den größten Teil zum Output bei (29 % der Umsätze, 23 % der Bruttowertschöpfung und 21 % der Bruttoinvestitionen).

Output in Mio. Euro 2013

	Umsatzerlöse		Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten		Bruttoinvestitionen	
	Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %
0-9 Beschäftigte	96.134	14,9	24.599	15,4	3.389	11,3
10-49 Beschäftigte	126.660	19,6	33.180	20,7	5.516	18,3
50-249 Beschäftigte	184.786	28,6	36.085	22,5	6.448	21,4
0-249 Beschäftigte (KMU)	407.580	63,0	93.864	58,6	15.354	51,0
250 und mehr Beschäftigte (GU)	239.062	37,0	66.290	41,4	14.766	49,0
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	646.642	100,0	160.155	100,0	30.119	100,0

Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

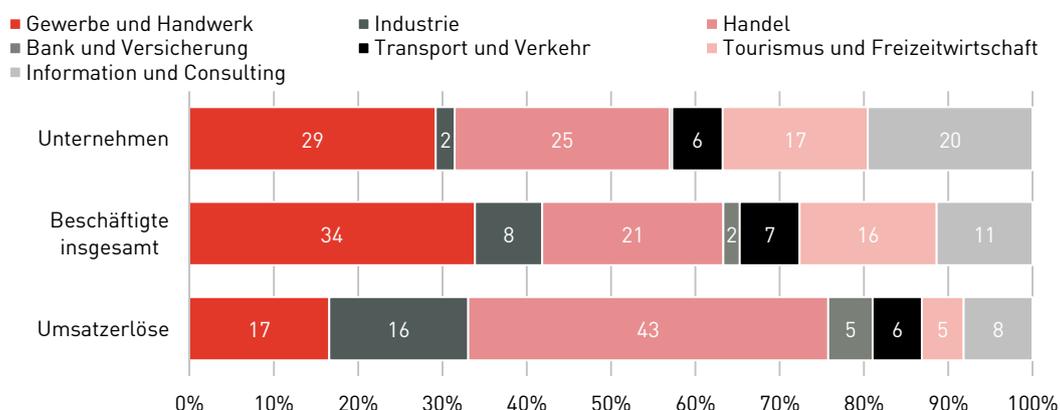
KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

Eine Betrachtung der KMU nach Sparten zeigt, dass das Gewerbe und Handwerk im Hinblick auf die Anzahl der KMU und deren Beschäftigten der größte Wirtschaftsbereich ist, gefolgt vom Handel. Im Jahr 2013 waren 29 % der KMU der gewerblichen Wirtschaft und 34 % der gesamten Beschäftigten im Gewerbe und Handwerk tätig, an zweiter Stelle lag der Handel (25 % der Unternehmen, 21 % der Beschäftigten). Der Handel ist die mit Abstand umsatzstärkste Sparte innerhalb der KMU der gewerblichen Wirtschaft (2013: 43 % der Umsätze).

Verteilung der KMU nach Sparten in % 2013

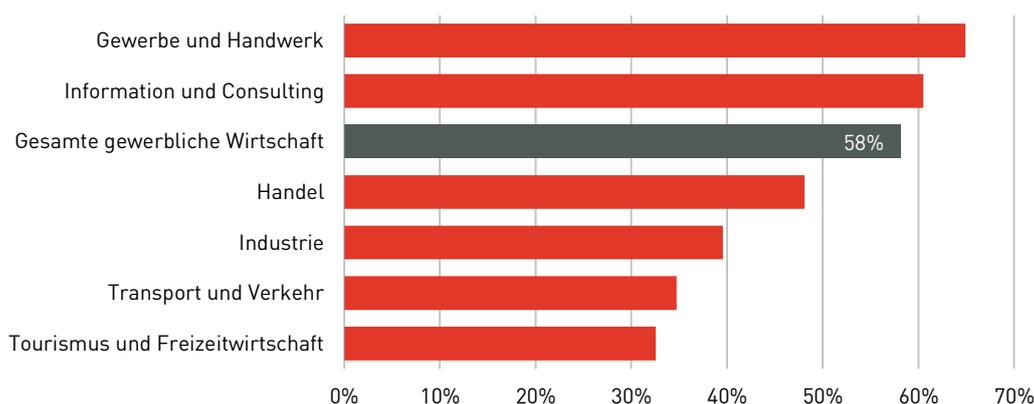


Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

2014 handelte es sich bei rund 58 % der Kammermitglieder um Ein-Personen-Unternehmen, d. h. um Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte. Überdurchschnittlich hoch war deren Anteil im Gewerbe und Handwerk (65 %) und in der Sparte Information und Consulting (61 %). Der geringste Anteil war im Tourismus und der Freizeitwirtschaft (33 %) sowie im Transport und Verkehr (35 %) zu finden.

EPU-Anteil nach Sparten in % 2014



Definition EPU: Einzelunternehmer und GmbH der gewerblichen Wirtschaft ohne unselbstständig Beschäftigte (auch ohne geringfügig Beschäftigte).

EPU-Anteil: Anteil der EPU an den aktiven Kammermitgliedern (gesamte gewerbliche Wirtschaft) bzw. an den aktiven Spartenmitgliedern (Sparten, Mehrfachzählungen)

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich

2.2 Wie haben sich die österreichischen KMU bis heute entwickelt?

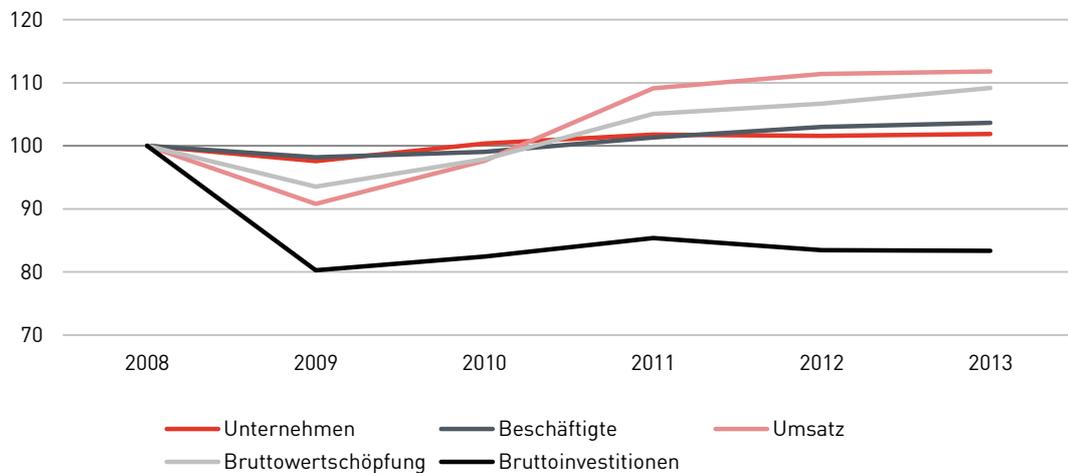
Im 5-Jahresvergleich 2008 bis 2013 zeigt sich sowohl bei der Anzahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch beim Output im Krisenjahr 2009 eine rückläufige Entwicklung, wobei das Minus beim Output – und hier insbesondere bei den Bruttoinvestitionen – deutlich stärker ausfiel.

Mit Ausnahme der Bruttoinvestitionen übertrafen alle angeführten Indikatoren bereits ab dem Jahr 2011 wieder das Vorkrisenniveau und entwickelten sich seither weitestgehend stabil. Aufgrund der weiterhin angespannten gesamtwirtschaftlichen Situation sind die Unternehmen mit Investitionen allerdings zurückhaltender als vor der Wirtschaftskrise.

Aus Befragungen des WKO-Wirtschaftsbarometers im Herbst 2015 geht hervor, dass die im darauffolgenden Jahr geplanten Investitionen von KMU insbesondere für Ersatzbedarf getätigt werden. Mehr als die Hälfte der KMU plant Ersatzinvestitionen, rund 30 % planen Neuinvestitionen und rund 25 % Rationalisierungsinvestitionen. Knapp ein Drittel der KMU gibt an, im kommenden Jahr voraussichtlich keine Investitionen zu tätigen. Anlass für Neuinvestitionen geben am häufigsten technischer Fortschritt (Digitalisierung) sowie Kapazitätsauslastung. Wichtige Impulse für Investitionen sehen die KMU insbesondere in steuerlichen Maßnahmen (z.B. Degressive Afa, Abschreibungszeitraum).¹⁴

¹⁴ Quelle: WKO-Wirtschaftsbarometer, Herbst 2015

Entwicklung der KMU, 2008 - 2013 (Index: 2008=100)



Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.
Quelle: Statistik Austria

Eine Betrachtung nach Unternehmensgröße zeigt, dass sich auch innerhalb der KMU-Größenklassen, abgesehen von den Bruttoinvestitionen für die angeführten Indikatoren, jeweils ein Wachstum oder eine stabile Entwicklung zwischen 2008 und 2013 ergibt.

Entwicklung der KMU, Veränderung 2013 zu 2008 in %

	Unternehmen	Beschäftigte insgesamt	Umsatzerlöse	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
0-9 Beschäftigte	1,3	2,6	3,7	7,6	-40,2
10-49 Beschäftigte	6,0	5,7	-0,7	13,8	-3,5
50-249 Beschäftigte	1,7	2,6	28,2	6,3	-8,5
0-249 Beschäftigte (KMU)	1,9	3,7	11,8	9,2	-16,7
250 und mehr Beschäftigte (GU)	0,2	-0,8	-6,0	-6,0	0,5
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	1,9	2,1	4,5	2,3	-9,0

Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

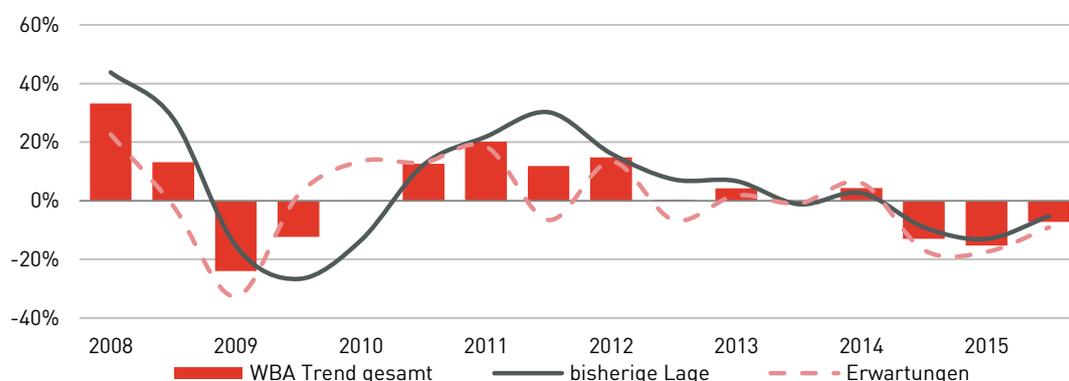
KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

Der Trendindikator des Wirtschaftsbarometers für KMU, der Einschätzungen zur bisherigen konjunkturellen Lage und Erwartungen für die Zukunft, zusammenfasst, liegt im Herbst 2015 zum dritten Mal in Folge deutlich im negativen Bereich, wobei sich dieser gegenüber der Befragung im Herbst 2014 und im Frühjahr 2015 wieder verbessert hat. Sowohl bei der Einschätzung der Entwicklung der vergangenen 12 Monate als auch bei den Erwartungen für die kommenden 12 Monate überwiegen die KMU mit einer negativen Beurteilung gegenüber jenen mit einer positiven Beurteilung.

Trendindikator KMU¹, Herbst 2015 (Saldo aus positiven und negativen Antworten)



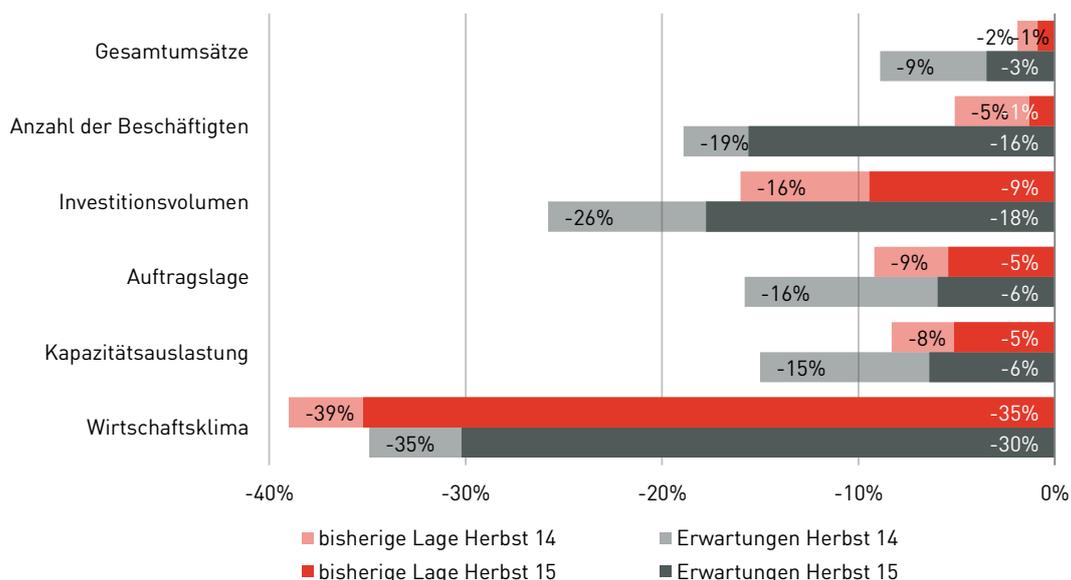
¹ exkl. Ein-Personen-Unternehmen

Trendindikator: Durchschnitt aus bisheriger Lage und Erwartungen der Indikatoren Gesamtumsätze, Auftragslage, Investitionen, Wirtschaftsklima

Quelle: WKO Wirtschaftsbarometer, Herbst 2015

Für die vergangenen 12 Monate melden die KMU im Herbst 2015 für alle Indikatoren (Umsätze, Beschäftigung, Investitionen, Auftragslage, Kapazitätsauslastung, Wirtschaftsklima sowie Preisniveau) per Saldo eine negative Entwicklung. Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate fallen zumeist noch schlechter aus als die Beurteilung der bisherigen Lage. Dennoch zeigt der Vergleich zu den Antworten vom Herbst 2014 eine leichte Verbesserung.

Gegenüberstellung von Einschätzung der bisherigen Lage der vergangenen 12 Monate und Erwartungen für die kommenden 12 Monate, KMU¹, Herbst 2014 und 2015 (Saldo aus positiven und negativen Antworten)



¹ exkl. Ein-Personen-Unternehmen

Quelle: WKO Wirtschaftsbarometer, Herbst 2015

2.3 Welche Branchenunterschiede lassen sich bei österreichischen KMU feststellen?

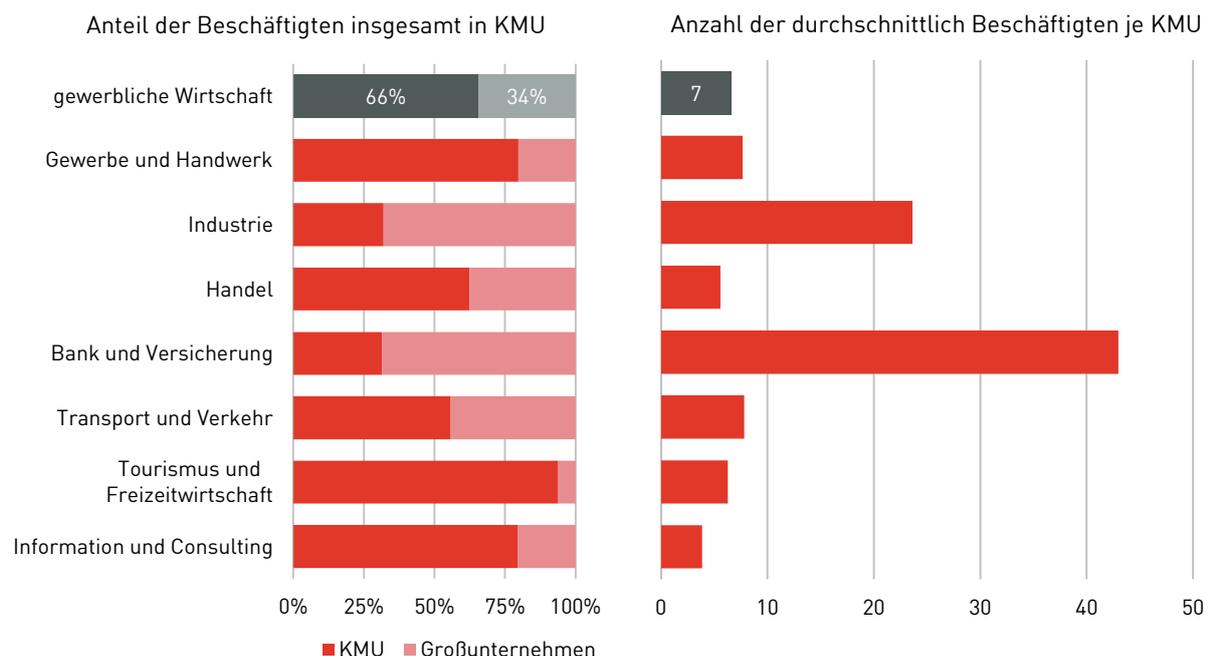
2.3.1 Strukturelle Unterschiede

Alle Sparten der gewerblichen Wirtschaft werden von KMU dominiert. 2013 zählten in allen Bereichen mehr als 90 % der Unternehmen zu den KMU. Im Gewerbe und Handwerk, im Handel, im Transport und Verkehr, im Tourismus und der Freizeitwirtschaft sowie in der Sparte Information und Consulting lag der KMU-Anteil jeweils bei mehr als 99 %.

In Hinblick auf die Beschäftigung war der Anteil der KMU im Tourismus, in den Sparten Gewerbe und Handwerk sowie Information und Consulting am höchsten. In der Industrie und bei den Banken und Versicherungen war 2013 demgegenüber lediglich etwa ein Drittel der Beschäftigten in KMU tätig.

Ein deutlicher Unterschied nach Sparten zeigt sich auch bei der durchschnittlichen Unternehmensgröße. Während bei den Banken und Versicherungen 2013 im Durchschnitt mehr als 40 und in der Industrie mehr als 20 Personen in einem KMU beschäftigt waren, lag die durchschnittliche Mitarbeiterzahl in der Sparte Information und Consulting bei knapp 4.

Anteil der Beschäftigten insgesamt in KMU an der jeweiligen Sparte in % sowie Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten je KMU 2013

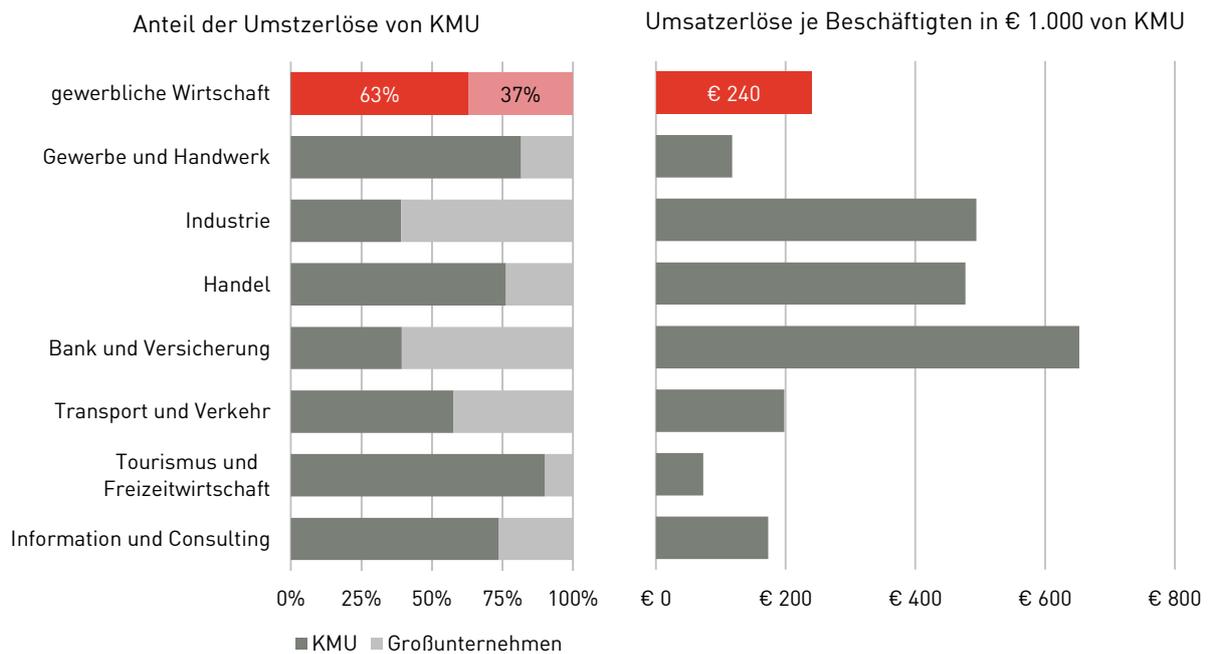


Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.
Quelle: Statistik Austria

Im Tourismus und der Freizeitwirtschaft, im Gewerbe und Handwerk, im Handel sowie in der Sparte Information und Consulting trugen 2013 die KMU am meisten zu den gesamten Umsatzerlösen der jeweiligen Sparte bei.

Die Umsatzerlöse je Beschäftigten waren in den Sparten Bank und Versicherung, Industrie und Handel deutlich höher als in den übrigen Bereichen.

Anteil der Umsatzerlöse insgesamt von KMU an der jeweiligen Sparte in % sowie Umsatzerlöse je Beschäftigten in 1.000 Euro von KMU



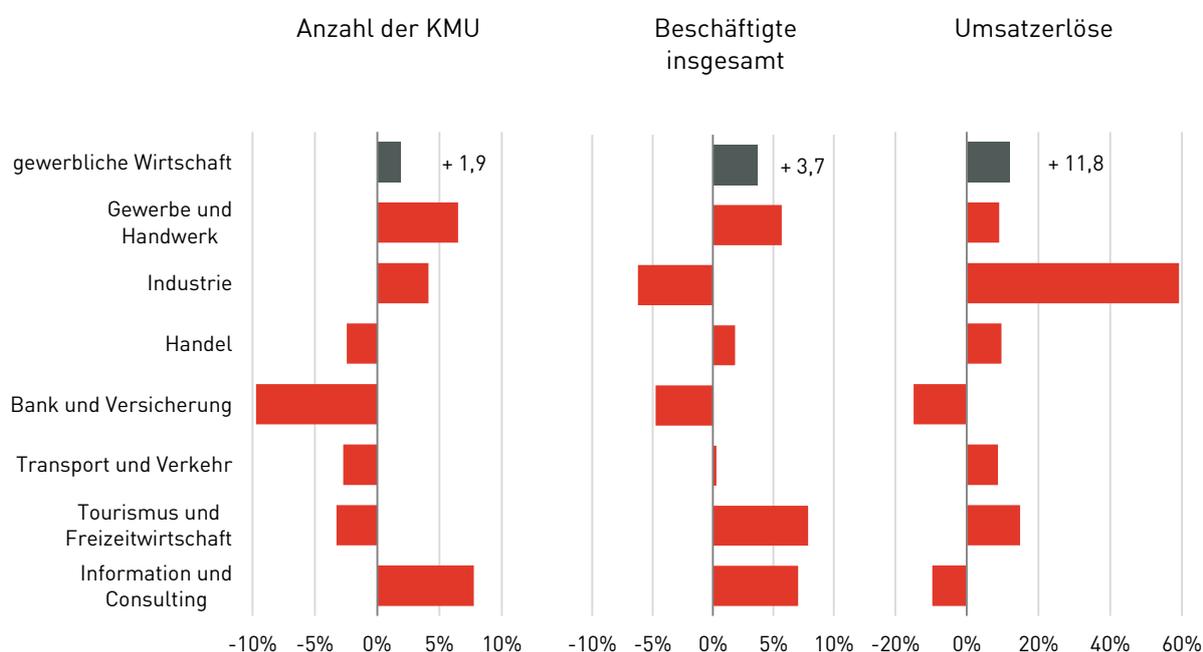
Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.
Quelle: Statistik Austria

2.3.2 Branchenentwicklung

Die Sparten der gewerblichen Wirtschaft haben sich zwischen 2008 und 2013 sehr unterschiedlich entwickelt. Einzig im Gewerbe und Handwerk sind sowohl die Anzahl der KMU als auch deren Beschäftigte und deren Umsatz angestiegen. Im Handel, im Transport und Verkehr sowie im Tourismus und der Freizeitwirtschaft ist es bei den Mitarbeiter und Umsätzen zu einem Wachstum gekommen. Die Anzahl der Unternehmen ist in diesen Sparten zurückgegangen.

In der Industrie und in der Sparte Information und Consulting hat die Anzahl der KMU zugenommen. In der Industrie sind jedoch die Beschäftigten, in der Sparte Information und Consulting der Umsatz gesunken. Bei den Banken und Versicherungen haben sich alle Indikatoren rückläufig entwickelt.

Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Umsätze von KMU in Österreich nach Sparten, Veränderung 2013 zu 2008 in %



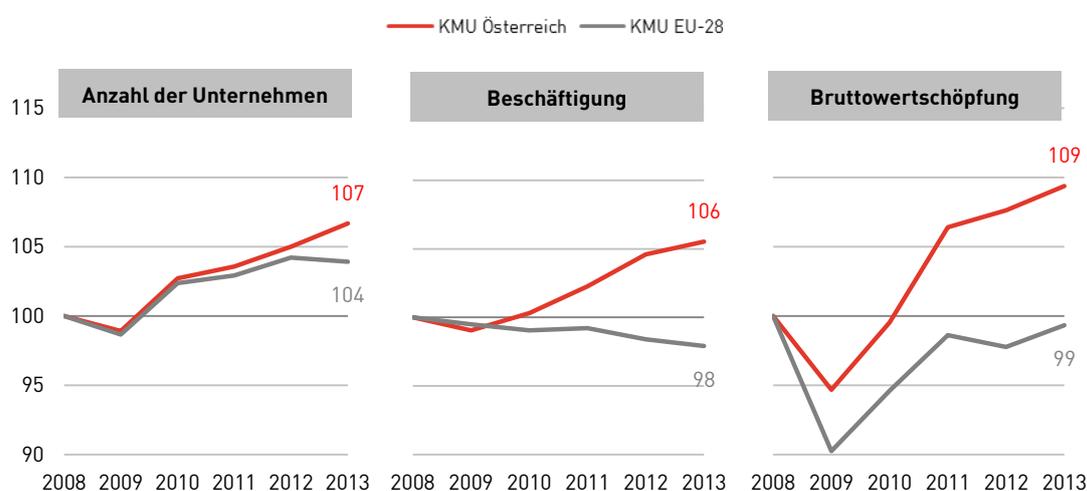
Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

2.4 Wie positionieren sich österreichische KMU im internationalen Vergleich?

Im EU-Vergleich wird deutlich, dass sich die österreichischen KMU (inkl. freier Berufe) rascher von der Wirtschaftskrise erholen konnten. Im Beobachtungszeitraum 2008 bis 2013 lag die Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung sowie Bruttowertschöpfung in österreichischen KMU fast durchgehend über dem Durchschnitt der EU-28. Während die KMU innerhalb der EU-28 in den Bereichen Beschäftigung und Bruttowertschöpfung bislang das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 nicht wieder erreichen konnten, lagen beide Indikatoren für österreichische KMU bereits ab 2010 wieder auf bzw. über dem Niveau des Jahres 2008.

Gesamtwirtschaft: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung von KMU in Österreich und den EU-28, 2008 – 2013 (Index 2008=100)



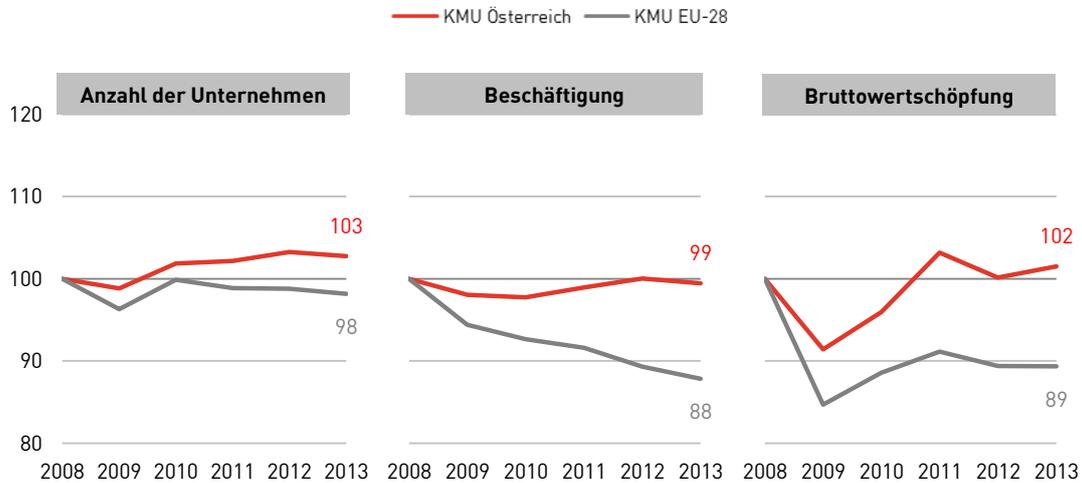
Der angeführte Index beruht auf der Datenbasis des „Annual Report on European SMEs 2014/2015“ der Europäischen Kommission und bezieht sich auf Daten der marktorientierten Wirtschaft (ÖNACE Abschnitte B-N) ohne Abschnitt K, welche nicht direkt mit den Auswertungen nach Kammersystematik im vorliegenden Bericht vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den Daten nach Kammersystematik sind etwa auch die freien Berufe inkludiert.

2013: Schätzwert

Quelle: Eurostat, DIWecon, DIW, London Economics, Annual Report on European SME

Eine Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, dass sich nach rückläufigen Entwicklungen im Kernkrisenjahr 2009 insbesondere der Dienstleistungsbereich wieder dynamisch entwickelte, wobei zuletzt die österreichischen KMU im EU-Vergleich eine deutlichere Dynamik aufwiesen. In der Produktion bleiben die Indikatoren Zahl der Unternehmen, Beschäftigung und Bruttowertschöpfung innerhalb der KMU in den EU-28 bislang hinter dem Niveau von 2008 zurück. Die Entwicklung der kleinen und mittleren Produktionsbetriebe in Österreich stellt sich besser dar, das Beschäftigungsniveau lag jedoch auch hier unter dem Niveau des Jahres 2008.

Produktion¹: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung von KMU in Österreich und den EU-28, 2008 – 2013 (Index 2008=100)



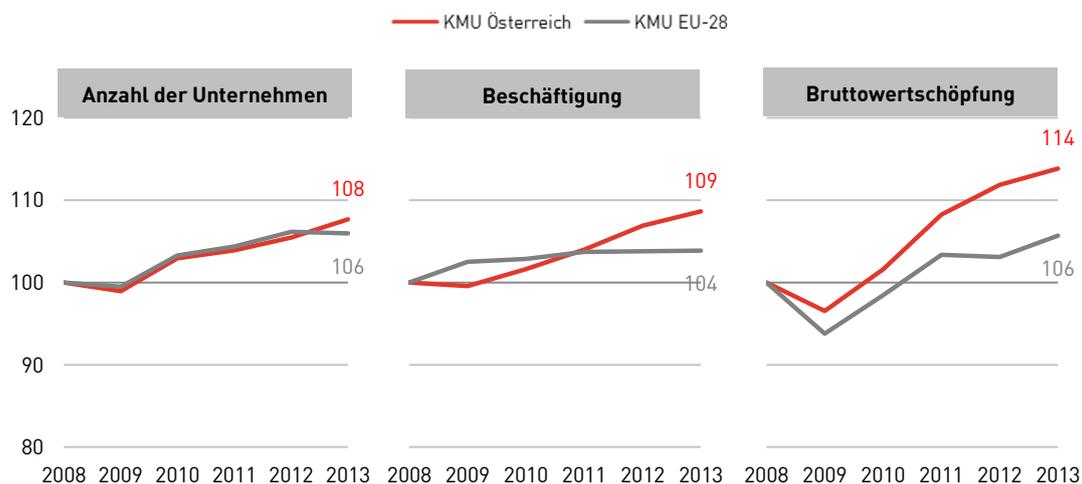
¹ Abschnitte B – F der ÖNACE 2008

Der angeführte Index beruht auf der Datenbasis des „Annual Report on European SMEs 2014/2015“ der Europäischen Kommission und bezieht sich auf Daten der marktorientierten Wirtschaft (ÖNACE Abschnitte B-N) ohne Abschnitt K, welche nicht direkt mit den Auswertungen nach Kammersystematik im vorliegenden Bericht vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den Daten nach Kammersystematik sind etwa auch die freien Berufe inkludiert.

2013: Schätzwert; Index: 2008=100

Quelle: Eurostat, DIWecon, DIW, London Economics, Annual Report on European SME

Dienstleistungsbereich¹: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung von KMU in Österreich und den EU-28, 2008 – 2013 (Index 2008=100)



¹ Abschnitte G – N, ohne Abschnitt K der ÖNACE 2008

Der angeführte Index beruht auf der Datenbasis des „Annual Report on European SMEs 2014/2015“ der Europäischen Kommission und bezieht sich auf Daten der marktorientierten Wirtschaft (ÖNACE Abschnitte B-N) ohne Abschnitt K, welche nicht direkt mit den Auswertungen nach Kammersystematik im vorliegenden Bericht vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den Daten nach Kammersystematik sind etwa auch die freien Berufe inkludiert.

2013: Schätzwert; Index: 2008=100

Quelle: Eurostat, DIWecon, DIW, London Economics, Annual Report on European SMEs

2.5 Wie gestaltet sich die Finanzierungssituation österreichischer KMU?

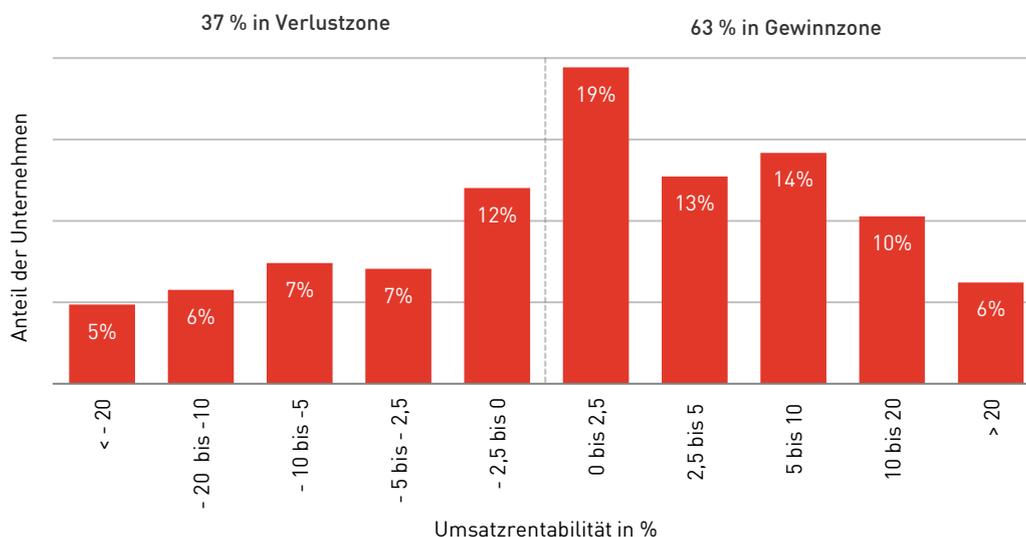
Die Bankfinanzierung gehört weiterhin zu den wichtigsten Finanzierungsquellen der heimischen Unternehmen. Da KMU aufgrund ihrer Größe zumeist kaum Möglichkeiten haben, zusätzliche Finanzmittel etwa über Börsengänge zu beschaffen, besteht eine größere Abhängigkeit von einer ausreichenden Kreditfinanzierung. Obwohl die betriebswirtschaftliche Situation österreichischer KMU als solide eingestuft werden kann und sich die Eigenkapitallage von Jahr zu Jahr verbessert, bemerken die Unternehmen eine Verschlechterung der Verfügbarkeit von Bankkrediten. Nachfolgend werden die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen österreichischer KMU und Befragungsergebnisse zur Finanzierungssituation angeführt.

2.5.1 Betriebswirtschaftliche Situation

Die betriebswirtschaftliche Situation der KMU¹⁵ ist von großer Heterogenität gekennzeichnet: „Outperformer“ mit mehr als 30 % Eigenkapitalquote und einer Umsatzrentabilität (Gewinn vor Steuern in % des Umsatzes) von über 5 % stehen „Underperformern“ (Unternehmen, die buchmäßig überschuldet sind und Verluste schreiben) gegenüber. 19 % der KMU können im Bilanzjahr 2013/14 den Outperformern und 15 % den Underperformern zugerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend die betriebswirtschaftliche Situation der KMU anhand ausgewählter Kennzahlen näher erläutert.

Anteil der KMU nach Umsatzrentabilität 2013/14



Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in % der Betriebsleistung

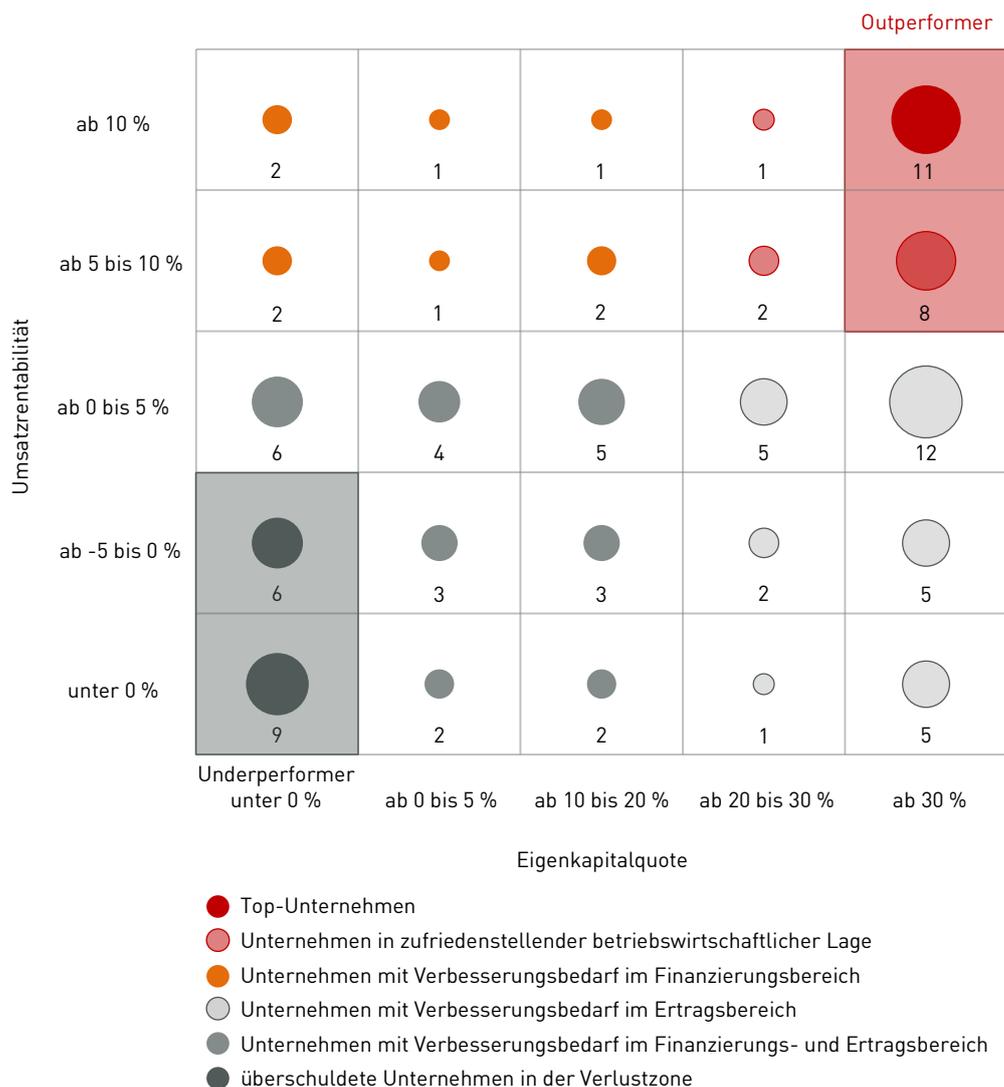
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

¹⁵ Die vorliegende Analyse beruht auf etwa 66.600 Jahresabschlüssen von bilanzierenden kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der gewerblichen Wirtschaft (ohne Sparte Bank und Versicherung).

63 % der KMU erreichten im Bilanzjahr 2013/14 die Gewinnzone¹⁶. Rund 6 % der KMU gelang es eine ausgezeichnete Umsatzrentabilität (Gewinn in % des Umsatzes) von über 20 % zu erzielen. Diesen erfolgreichen Betrieben stehen etwa 5 % der Unternehmen gegenüber, die Verluste von mehr als 20 % des Umsatzes hinnehmen mussten.

Betriebswirtschaftliche Position der KMU 2013/14

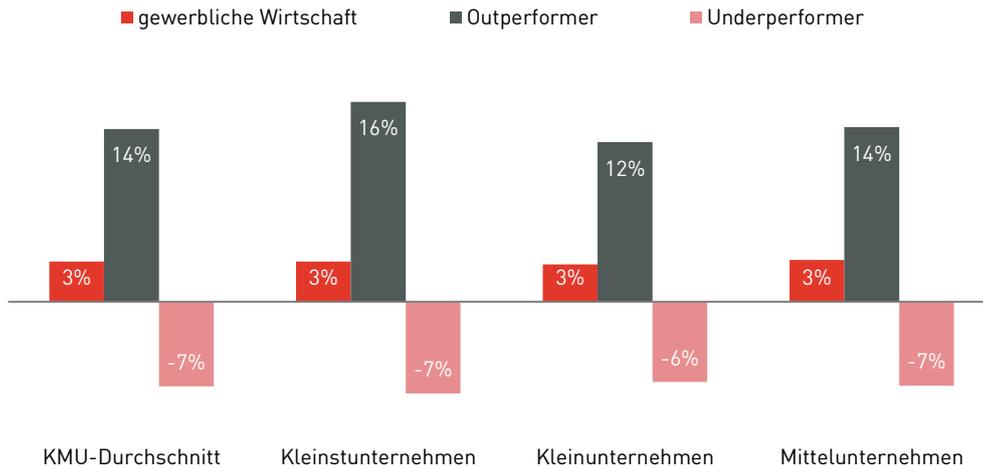


Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

¹⁶ Um die Vergleichbarkeit mit Kapitalgesellschaften, bei denen die Personalaufwendungen ein Geschäftsführerentgelt beinhalten, herzustellen, wird bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften für das Basisjahr 2013/14 ein kalkulatorischer Unternehmerlohn in der Höhe von 33.531 Euro angesetzt. Dieser orientiert sich an den Kollektivverträgen mehrerer Sektoren.

Im Durchschnitt lag die Umsatzrentabilität der KMU im Bilanzjahr 2013/14 bei 3,1 %. Definitionsgemäß erreichen die Outperformer deutlich bessere Ergebnisse als die Underperformer: So erzielten die Outperformer insgesamt eine durchschnittliche Rentabilität von knapp 14 %, während die Underperformer im Durchschnitt Verluste in Höhe von rund -7 % verzeichneten. In den KMU-Größenklassen zeigen sich vergleichbare Ergebnisse.

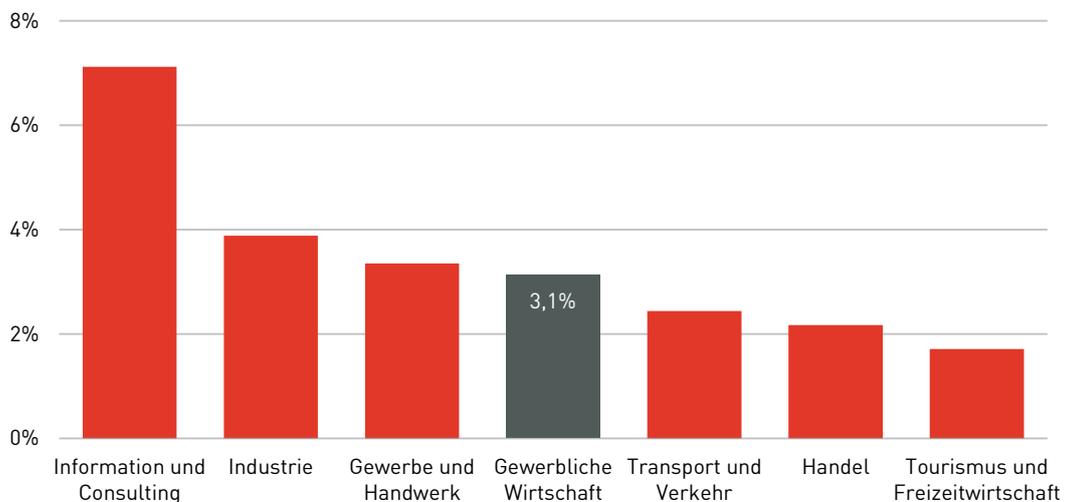
Umsatzrentabilität der KMU nach Größenklasse 2013/14



Outperformer: Eigenkapitalquote > 30 % und Umsatzrentabilität > 5 %
 Underperformer: Eigenkapitalquote < 0 % und Umsatzrentabilität < 0 %
 Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Gegliedert nach Sparten zeigen sich deutliche Unterschiede in der Ertragssituation der KMU. In der Sparte Information und Consulting weisen die KMU die höchste Umsatzrentabilität von durchschnittlich 7,1 % auf. Deutlich niedrigere Umsatzrenditen wurden in der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft mit durchschnittlich 1,7 % erreicht.

Umsatzrentabilität der KMU nach Sparte 2013/14

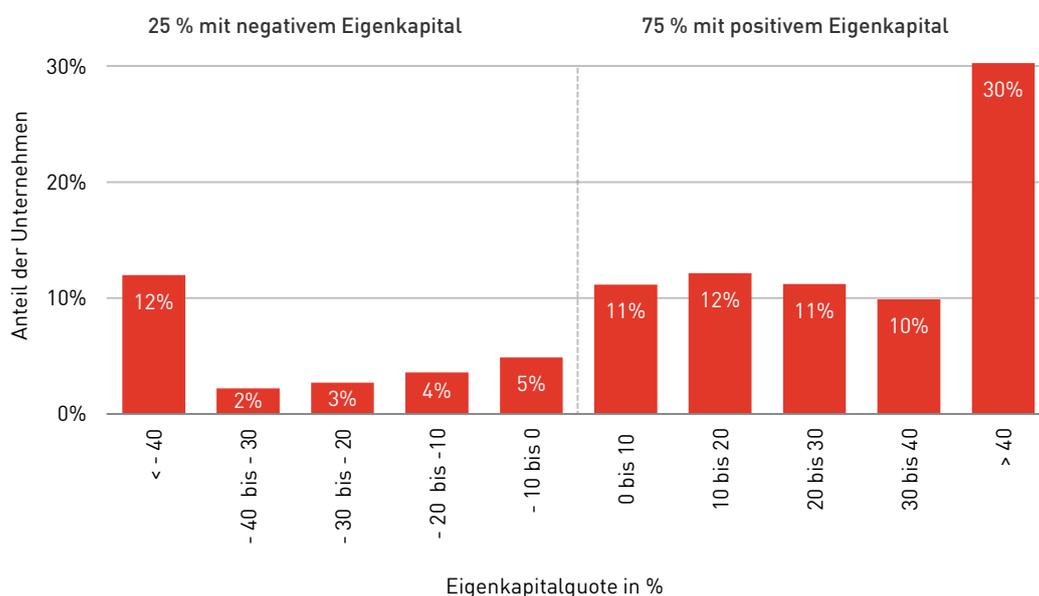


Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Für das langfristige Bestehen eines Unternehmens ist neben einem positiven Betriebsergebnis vor allem eine solide Eigenkapitalausstattung erforderlich. Überschuldete Unternehmen sind in ihrer Existenz gefährdet, wenn nicht zusätzlich Sicherheiten aus dem Privatvermögen/von dritter Seite für die Fremdfinanzierung herangezogen werden (können).

Im Bilanzjahr 2013/14 verfügen drei Viertel der österreichischen KMU über ein positives Eigenkapital. Auf der anderen Seite ist ein Viertel der KMU überschuldet, hat also kein positives Eigenkapital. Bei 12 % der KMU übersteigt das Fremdkapital das Vermögen sogar um mehr als 40 %, während bei 30 % die Eigenkapitalquote bei über 40 % liegt.

Anteil der KMU nach Eigenkapitalquote 2013/14

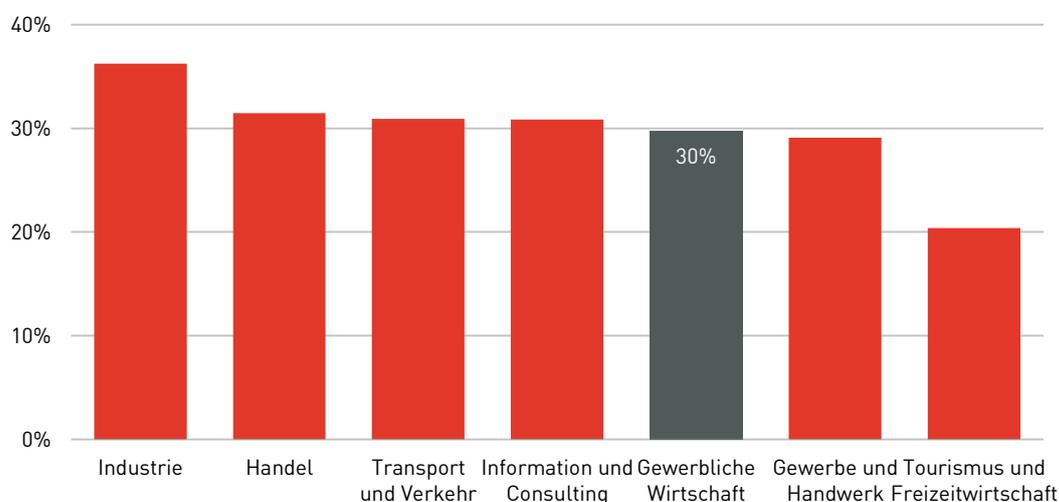


Eigenkapitalquote = Eigenkapital in % des Gesamtkapitals
 Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sollte die Eigenkapitalquote zumindest 30 % betragen, denn je höher der Eigenkapitalanteil ist, desto kreditwürdiger ist das Unternehmen. Die KMU der gewerblichen Wirtschaft erreichen im Bilanzjahr 2013/14 im Durchschnitt gerade diesen Richtwert von 30 % Eigenkapital.

Die Industriebetriebe schneiden bei der Eigenkapitalquote überdurchschnittlich gut ab: In dieser Sparte liegt die durchschnittliche Eigenmittelausstattung bei rund 36 %. Die anderen Sparten erzielen Eigenkapitalquoten von 29 % (Gewerbe und Handwerk) bis 32 % (Handel). Mit im Durchschnitt 20 % Eigenkapital weisen die Tourismusunternehmen eine deutlich unterdurchschnittliche Eigenkapitalquote im Spartenvergleich auf.

Eigenkapitalquote der KMU nach Sparte 2013/14



Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Banken sind in Österreich wesentliche Kapitalgeber der kleinen und mittleren Unternehmen. Im Bilanzjahr 2013/14 belaufen sich die Bankverbindlichkeiten im Durchschnitt auf knapp 29 % des Kapitals. Deutlich geringer sind die Bankverbindlichkeiten bei Outperformern (rund 13 %). Diese Betriebe verfügen im Durchschnitt über 56 % Eigenkapital. Underperformer weisen hingegen ein negatives Eigenkapital von etwa 33 % auf. Über 69 % des Kapitals werden bei diesen Unternehmen von Banken zur Verfügung gestellt.

Kapitalstruktur der KMU 2013/14

	gewerbliche Wirtschaft	Outperformer	Underperformer
Eigenkapital	29,8	56,2	-32,5
Sozialkapital	3,1	3,0	2,5
Bankverbindlichkeiten	28,8	13,3	69,4
Erhaltene Anzahlungen	4,1	2,1	3,2
Lieferverbindlichkeiten	9,9	5,6	15,2
Sonstiges Fremdkapital	24,1	19,6	42,0
Passive Rechnungsabgrenzung	0,3	0,2	0,2

Outperformer: Eigenkapitalquote > 30 % und Umsatzrentabilität > 5 %

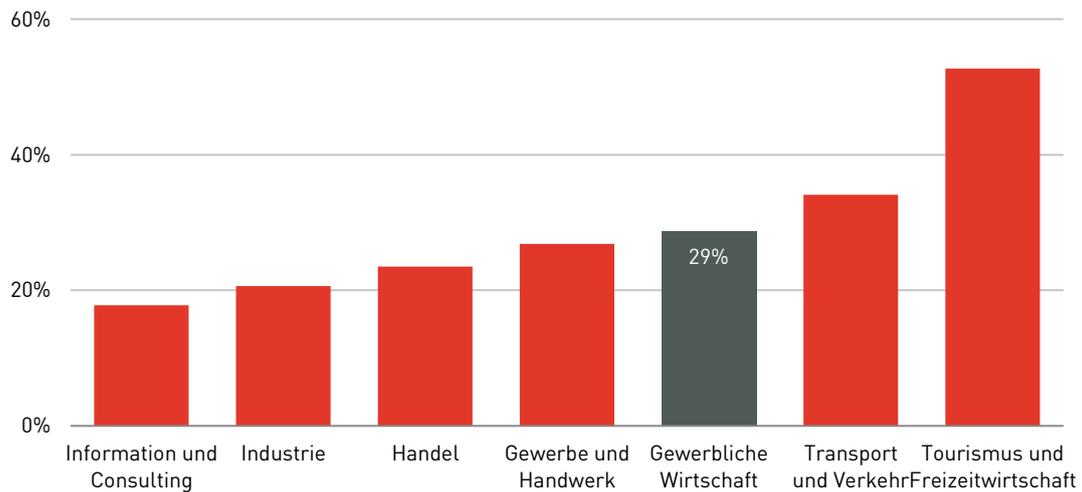
Underperformer: Eigenkapitalquote < 0 % und Umsatzrentabilität < 0 %

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Differenziert nach Sparten zeigt sich die höchste Bankverschuldung in der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft mit über 50 %. Die geringsten Bankverbindlichkeiten wies im Durchschnitt die Sparte Information und Consulting mit knapp 18 % des Gesamtkapitals auf.

Bankverschuldung der KMU nach Sparte 2013/14



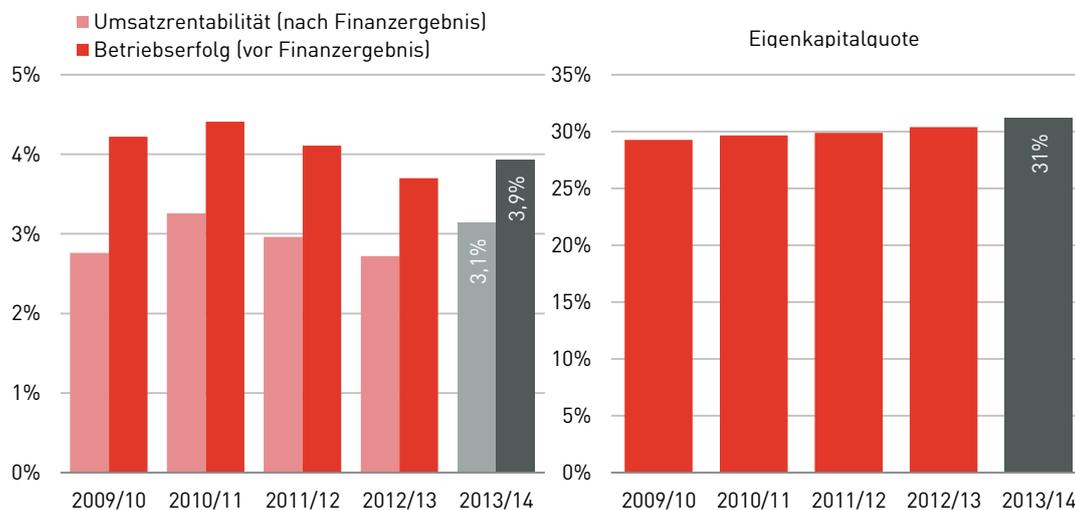
Bankverschuldung = Bankverbindlichkeiten in % des Gesamtkapitals
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Wie hat sich die betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen KMU in den letzten Jahren verändert?

Die österreichischen KMU erwirtschafteten im Zeitverlauf relativ stabile Erträge. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Prozent der Betriebsleistung betrug in den Jahren 2009/10 bis 2013/14 durchschnittlich zwischen 2,7 % und 3,3 %. Der Betriebserfolg (vor Finanzergebnis) lag zwischen 3,7 % und 4,4 %. Auf Grund des sinkenden internationalen Zinsniveaus ist das Finanzergebnis im Betrachtungszeitraum kontinuierlich gesunken.

Die Eigenkapitalausstattung der KMU konnte im Zeitablauf kontinuierlich verbessert werden. Die Eigenkapitalquote der analysierten KMU ist von 29 % im Jahr 2009/10 auf 31 % im Jahr 2013/14 angestiegen.

Entwicklung der Umsatzrentabilität und Eigenkapitalquote der KMU 2009/10 bis 2013/14



Kohortenauswertung: Nur jene Unternehmen werden berücksichtigt, für die Bilanzen für alle Jahre vorliegen.

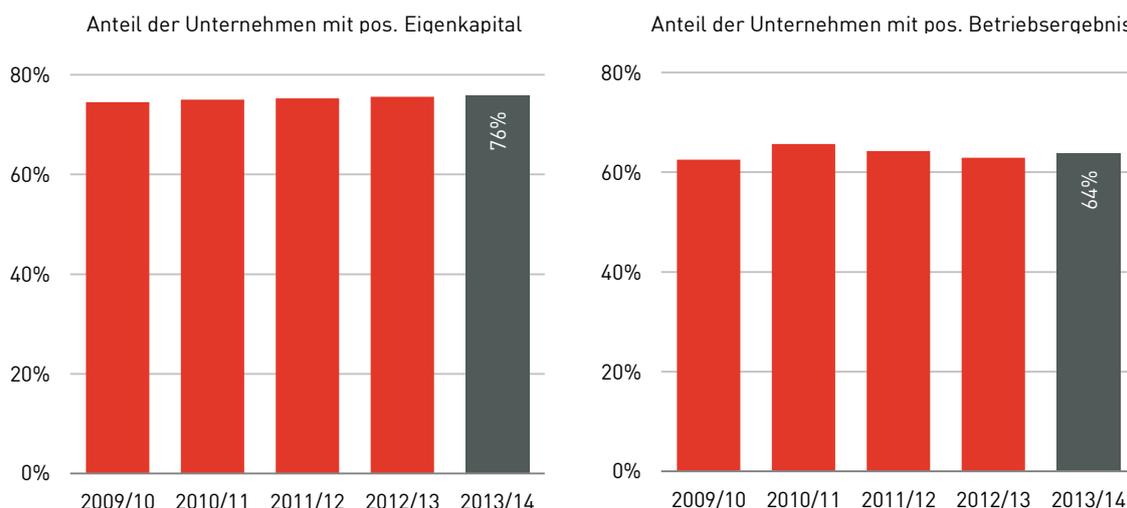
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Der Anteil der Unternehmen mit positivem Betriebsergebnis lag in den letzten Jahren zwischen 63 % und 66 %. Somit konnten etwa 37 % bis 34 % der KMU in der betrachteten Periode kein positives Betriebsergebnis erwirtschaften.

Im Zeitraum 2009/10 bis 2013/14 lag der Anteil der KMU mit positivem Eigenkapital bei etwa 75 %. Das heißt, dass etwa ein Viertel der Betriebe negatives Eigenkapital auswies und somit überschuldet war.

Anteil der KMU mit positivem Betriebsergebnis sowie mit positivem Eigenkapital 2009/10 bis 2013/14



Kohortenauswertung: Nur jene Unternehmen werden berücksichtigt, für die Bilanzen für alle Jahre vorliegen.

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen EPU (E/A-Rechner)

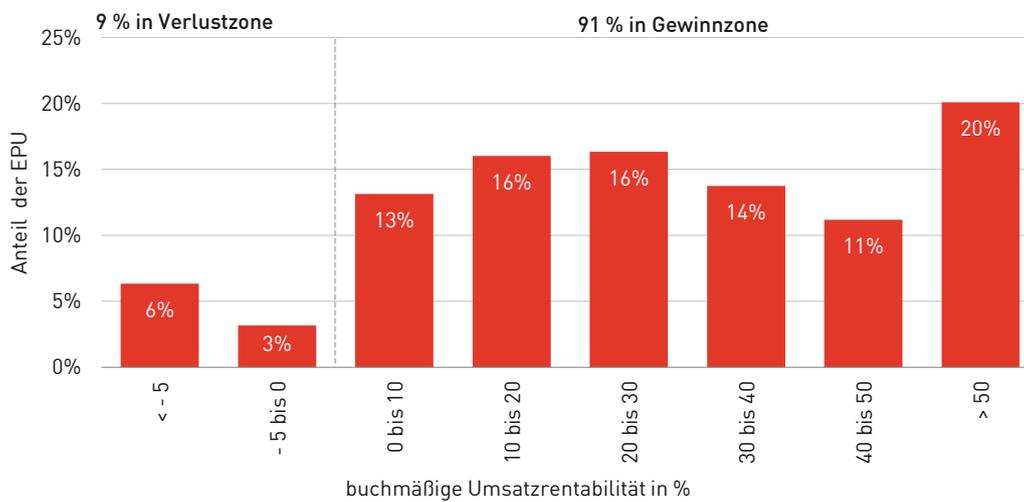
In der folgenden betriebswirtschaftlichen Analyse werden jene Ein-Personen-Unternehmen (EPU), für die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen für das Kalenderjahr 2013 vorliegen, betrachtet. Sämtliche Auswertungen erfolgen, ebenso wie bei der Entwicklung der (bilanzierenden) KMU, für die gewerbliche Wirtschaft ohne Berücksichtigung der Sparte Bank und Versicherungen. Eine direkte Vergleichsmöglichkeit mit dem vorangehenden Kapitel ist aber auf Grund der unterschiedlichen Datengrundlage (Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung vs. Einnahmen-/Ausgaben-rechnungen) nicht möglich.

Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung ist das vereinfachte Buchführungssystem, bei dem alle laufenden Einnahmen, Vorschüsse und geldwerten Güter erfasst werden. Zur Ermittlung des Ergebnisses werden prinzipiell die tatsächlichen Betriebseinnahmen den tatsächlichen Betriebsausgaben – nach dem Zeitpunkt der Bezahlung (Zufluss-Abfluss-Prinzip) – eines Kalenderjahres gegenüber gestellt.

Auf Basis der ausgewerteten Einnahmen-/Ausgabenrechnungen von österreichischen EPU wird nachfolgend die Ertragssituation anhand der Umsatzrentabilität und des Cash flows dargestellt.

Insgesamt erzielten 91 % der österreichischen EPU mit Einnahmen-/Ausgabenrechnung im Jahr 2013 Gewinne, während 9 % der Betriebe Verluste hinnehmen mussten. Immerhin ein Fünftel der österreichischen EPU konnte buchmäßige Gewinne von über 50 % der Einnahmen erzielen.

Anteil der EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) nach buchmäßiger Umsatzrentabilität 2013



Buchmäßige Rentabilität = buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg / Einnahmen * 100

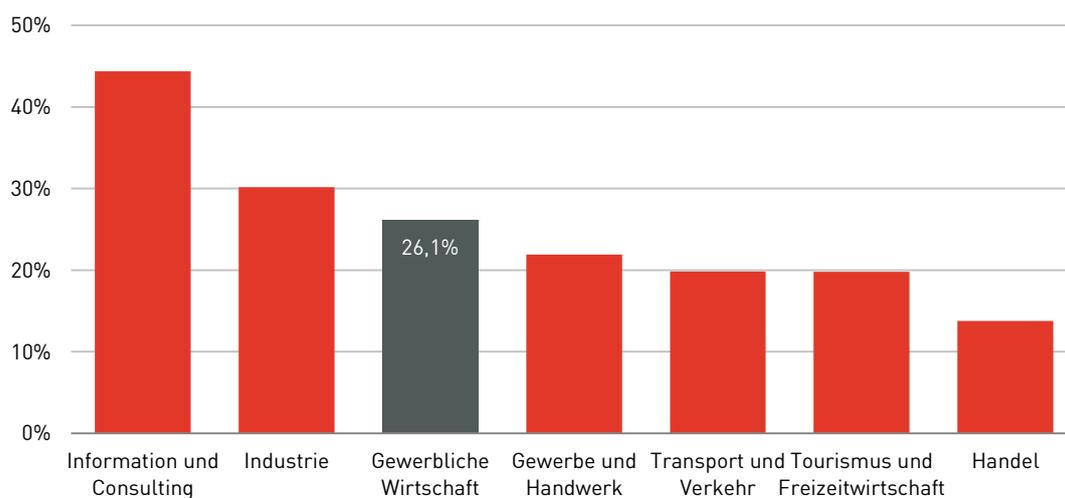
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die buchmäßige Umsatzrentabilität der Einnahmen-/Ausgabenrechner der gewerblichen Wirtschaft beträgt im Jahr 2013 im Durchschnitt 26 %, das entspricht einem durchschnittlichen Ergebnis vor Unternehmerlohn in der Höhe von rund Euro 29.000,-.

Die Betrachtung nach Sparten zeigt, dass die buchmäßige Umsatzrentabilität bei den Ein-Personen-Unternehmen der Sparte Information und Consulting im Durchschnitt bei 44 % liegt und im Handel durchschnittlich 14 % beträgt.

Buchmäßige Umsatzrentabilität der EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) nach Sparte 2013



Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

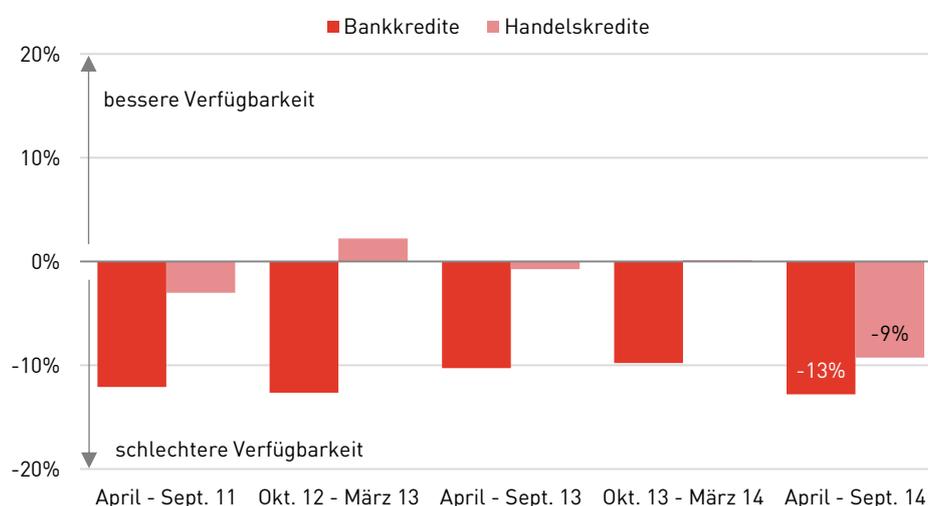
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

2.5.2 Zugang zu Finanzierung

Wie bereits im Rahmen der Analyse der unternehmerischen Rahmenbedingungen (Kapitel 1.2) aufgezeigt wurde, wird der Zugang zu Finanzmitteln für die österreichischen Unternehmen als ein Bereich mit Verbesserungspotential gesehen. Die im Rahmen des Global Entrepreneurship Monitors 2015¹⁷ befragten Expert bewerten das finanzielle Umfeld und insbesondere den Zugang zu Finanzmitteln über Börsengänge sowie die Finanzierung mittels Venture Capital unterdurchschnittlich. Zudem werden Defizite in der Eigen- und Fremdkapitalausstattung von neuen und wachsenden Unternehmen identifiziert. Positiv gesehen werden staatliche Subventionen für neue und wachsende Unternehmen. Insgesamt sehen die Expert eine Verschlechterung der Finanzierungslage von Unternehmen.

Diese Einschätzung trifft sich mit jener der österreichischen KMU. Eine Befragung zum Thema der Verfügbarkeit von Finanzierung zeigt, dass in den vergangenen Jahren per Saldo mehr Unternehmen eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Verfügbarkeit von Bankkrediten bemerkten.

Einschätzung über die Verfügbarkeit der Finanzierungen von österreichischen KMU, 2011 - 2014



Anmerkung: Saldo aus positiven und negativen Antworten der befragten KMU

Bankkredite: Möglichkeit, einen neuen Bankkredit zu erhalten bzw. einen bereits bestehenden Bankkredit zu erneuern;

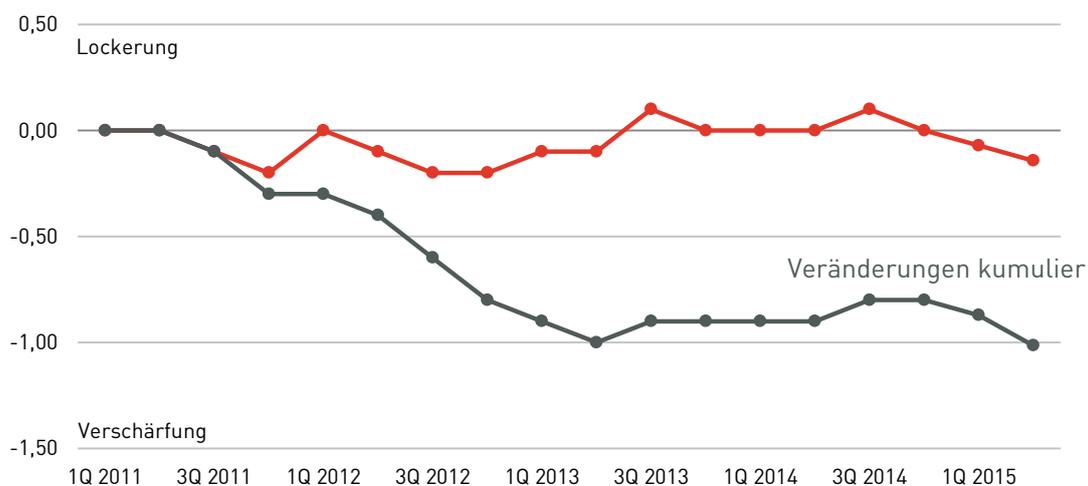
Handelskredite: Eingeräumtes Zahlungsziel bzw. die Möglichkeit, Waren und Dienstleistungen von anderen Unternehmen ohne sofortige Barzahlung zu kaufen.

Quelle: EZB (SAFE)

¹⁷ <http://www.gemaustria.at/>

Über die vergangenen Jahre haben sich die Kreditbedingungen aufgrund der konjunkturell angespannten Lage und veränderten Rahmenbedingungen (Basel II, III) verschärft. Über den Zeitraum 2011 bis 2015 waren für KMU mehrmals leichte Verschärfungen der Kreditrichtlinien (z.B. Zinssätze, Gebühren, Sicherheitserfordernisse) zu beobachten. Ausnahmen stellen das dritte Quartal 2013 und das dritte Quartal 2014 dar, in welchen die Institute die Kreditrichtlinien im Beobachtungszeitraum geringfügig lockerten. Betrachtet man die Veränderungen der Kreditrichtlinien kumuliert, so wird deutlich, dass das Niveau 2015 deutlich restriktiver war als noch im Jahr 2011.

Veränderung der Richtlinien für die Gewährung von Krediten an KMU in Österreich, erstes Quartal 2011 – zweites Quartal 2015



Anmerkung: Diffusionsindex: deutliche Verschärfung der Kreditrichtlinien: Wert -1, leichte Verschärfung: Wert -0,5; deutliche Lockerung der Kreditrichtlinien: Wert +1; leichte Lockerung der Kreditrichtlinien: Wert +0,5.
Quelle: OeNB (BLS)

2.6 Welche Rolle spielen KMU als Arbeitgeber und Lehrlingsausbilder?

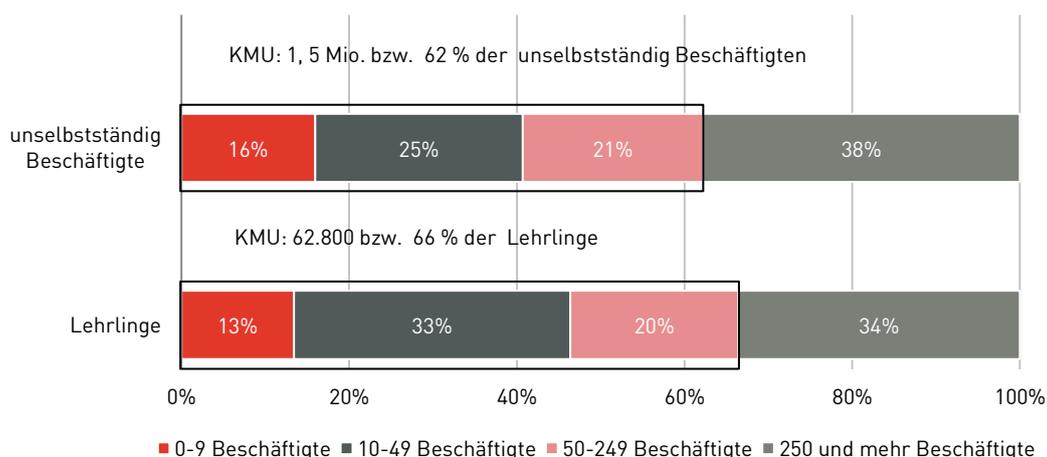
Das duale Ausbildungssystem zählt zu den Stärken der österreichischen Wirtschaft und gilt international als Vorzeigemodell. KMU sind die wesentlichen Träger dieses Modells, denn sie bilden den Großteil der österreichischen Lehrlinge aus. Die kleinen und mittleren Betriebe stellen zudem den Großteil der Arbeitsplätze zur Verfügung. Nachfolgend wird die Beschäftigtenstruktur in KMU sowie die Fachkräftesituation anhand von Daten analysiert.

2.6.1 Strukturelle Aspekte

Die österreichischen KMU boten 2013 1,5 Mio. unselbstständig Beschäftigten einen Arbeitsplatz und bildeten rund 62.800 Lehrlinge aus. Die kleinen und mittleren Betriebe waren damit Arbeitgeber von 62 % der unselbstständig Beschäftigten und bildeten 66 % der Lehrlinge der gewerblichen Wirtschaft in Österreich aus.

Die meisten Arbeitnehmer und Lehrlinge waren innerhalb der KMU in Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten tätig.

Unselbstständig Beschäftigte und Lehrlinge 2013, Verteilung nach Größenklassen in %



Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.
Quelle: Statistik Austria

Während die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten in KMU zwischen 2008 und 2013 um 3,1 % gestiegen ist, sind die Lehrlinge in diesem Zeitraum um fast 17 % zurückgegangen. Diese Entwicklungen sind für alle Größenklassen innerhalb der KMU zu beobachten.

Unselbstständig Beschäftigte und Lehrlinge 2013 und Veränderung 2013 zu 2008

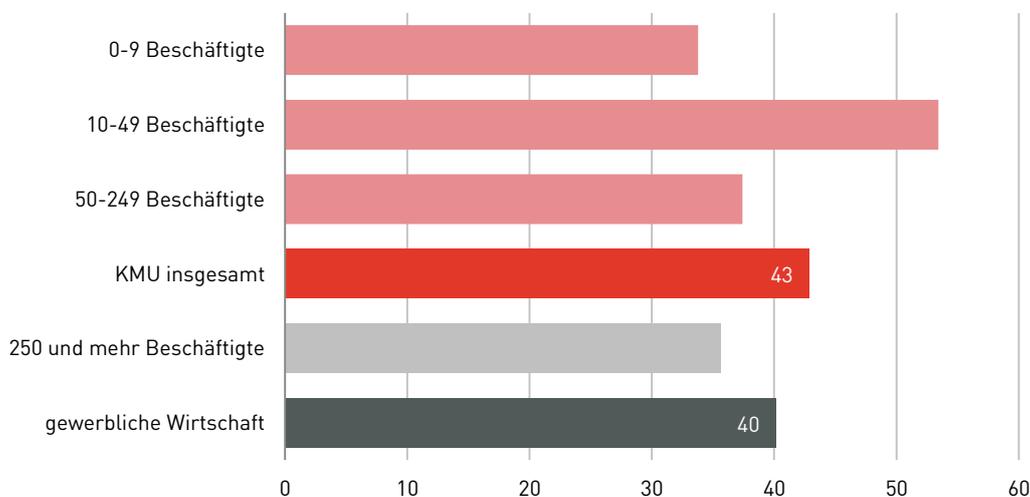
	Unselbstständig Beschäftigte		davon: Lehrlinge	
	2013	Veränderung in % zu 2008	2013	Veränderung in % zu 2008
0-9 Beschäftigte	375.773	1,0	12.691	-27,8
10-49 Beschäftigte	582.815	5,2	31.142	-15,6
50-249 Beschäftigte	505.693	2,5	18.921	-8,4
0-249 Beschäftigte (KMU)	1.464.281	3,1	62.754	-16,5
250 und mehr Beschäftigte (GU)	890.302	-0,8	31.736	5,5
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	2.354.583	1,6	94.490	-10,2

Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

Eine Berechnung der Lehrlinge je unselbstständig Beschäftigten unterstreicht die große Bedeutung der KMU für die Lehrlingsausbildung. In KMU entfielen im Jahr 2013 etwa 43 Lehrlinge auf 1.000 unselbstständig Beschäftigte, in Großunternehmen 36. Bei den Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten war der Wert mit mehr als 50 Lehrlingen je 1.000 Beschäftigte am höchsten.

Lehrlinge je 1.000 unselbstständig Beschäftigten 2013



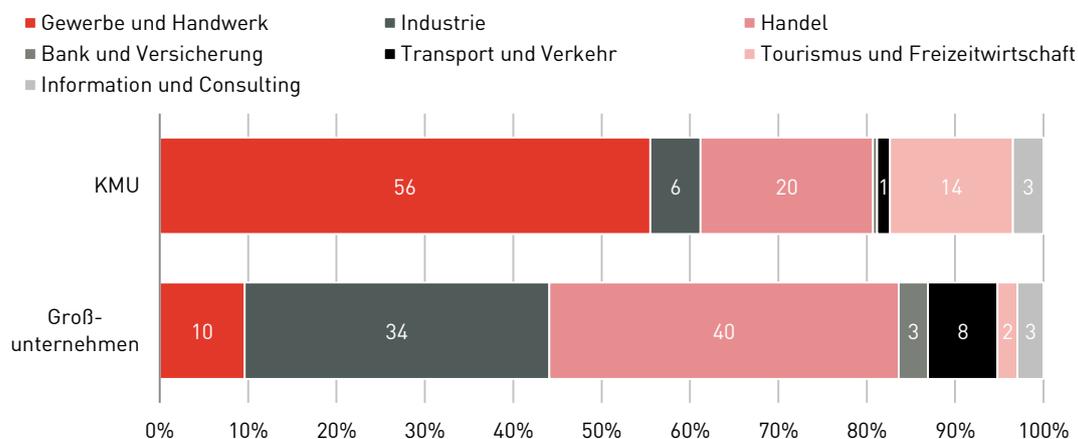
Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

Mehr als die Hälfte aller Lehrlinge in KMU entfielen im Jahr 2013 auf das Gewerbe und Handwerk. Der Handel bildete etwa 20 % der Lehrlinge aus, die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft 14 %.

In Großunternehmen verteilen sich die Lehrlinge nach Sparten währenddessen anders. Hier waren der Handel (2013 fast 40 % der Lehrlinge) und die Industrie (rund ein Drittel der Lehrlinge) die größten Lehrlingsausbildner.

Lehrlinge 2013, Verteilung nach Sparten in %

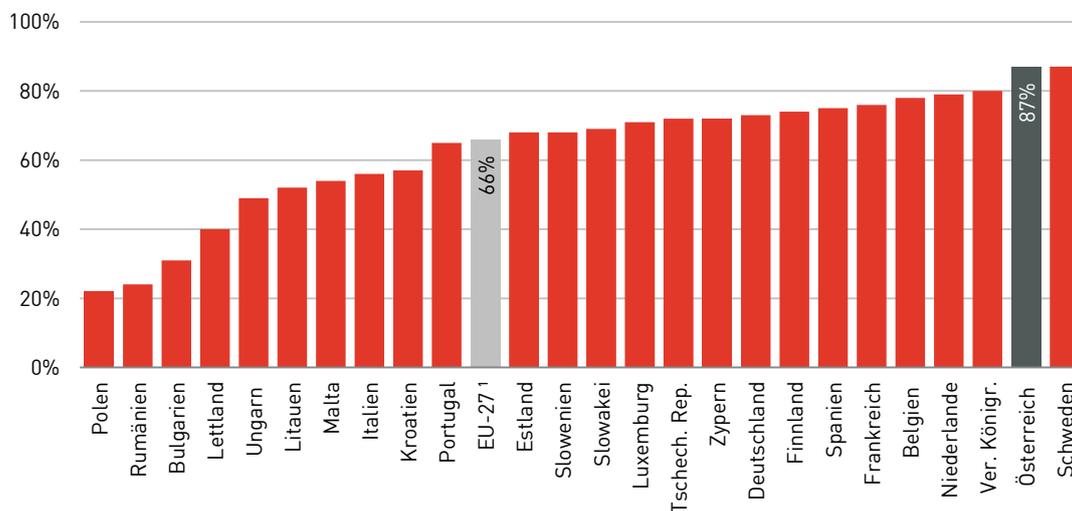


Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

Auch im internationalen Vergleich wird die herausragende Leistung der heimischen Betriebe im Bereich Aus- und Weiterbildung deutlich. Gemeinsam mit Schweden zählt Österreich zu den Ländern mit der höchsten Quote weiterbildungsaktiver Unternehmen.

Anteile der Unternehmen 2010 (ab 10 Beschäftigten) mit betrieblicher Weiterbildung in Europa in %



¹ geschätzter Wert

Quelle: Eurostat

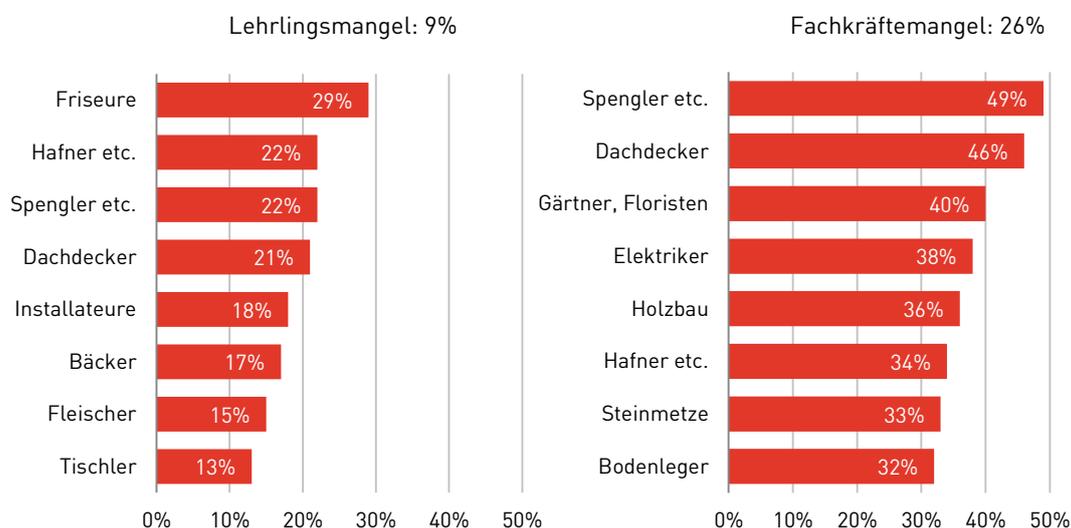
2.6.2 Fachkräftemangel

Wie im vorangegangenen Kapitel angeführt, ist das Gewerbe und Handwerk der mit Abstand wichtigste Lehrlingsausbildner innerhalb der KMU der gewerblichen Wirtschaft. Die größte Anzahl an Lehrlingen vereinen dabei die Kraftfahrzeugtechniker, die Elektrotechniker, die Metalltechniker, die Installateure und die Friseure auf sich¹⁸.

2015 geben 9 % der kleinen und mittleren Betriebe im Gewerbe und Handwerk an, unter einem Lehrlingsmangel zu leiden. Die Friseure, Hafner, Spengler und Dachdecker sind besonders stark davon betroffen.

26 % der KMU im Gewerbe und Handwerk fühlen sich durch einen Fachkräftemangel in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Besonders stark trifft dies die Spengler und Dachdecker.

Anteil der Betriebe im Gewerbe und Handwerk, die sich durch einen Lehrlings- bzw. Fachkräftemangel in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt fühlen, nach Top-Fachgruppen, in %



Quelle: KMU Forschung Austria

¹⁸ Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik 2014

3 Rahmenbedingungen unternehmerfreundlich gestalten

3.1 Wachstumsimpulse für KMU und Unternehmertum

In der derzeit angespannten konjunkturellen Situation, in der viele Unternehmen aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage ihre Investitionen aufschieben (siehe Kapitel 2.2), sind Wachstumsimpulse besonders wichtig, um eine Trendumkehr herbeizuführen. Aus Unternehmersicht zählen steuerliche Maßnahmen (z.B. Degressive Afa, Abschreibungszeitraum), Verwaltungsvereinfachung und – beschleunigung sowie das Senken der Verwaltungskosten zu den wichtigsten Rahmenbedingungen, um Investitionsanreize zu schaffen¹⁹. Zentral ist zudem, die Rahmenbedingungen derart auszugestalten, dass die Unternehmen und der Wirtschaftsstandort Österreich im Allgemeinen zukünftig wettbewerbsfähig sind. Dabei sind Investitionen in Forschung und Entwicklung und Förderung innovativer Unternehmen von Bedeutung.

3.1.1 Wirtschaftspolitische Erfolge: Welche Wachstumsimpulse wurden gesetzt?

Innovationsscheck Plus

Für innovative Klein- und Mittelbetriebe werden 2015 im Rahmen des Programms „Innovationsscheck Plus“ weitere zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit werden ca. 200 KMU mit jeweils bis zu 10.000 Euro für ihren vertiefenden Einstieg in eine kontinuierliche Forschungs- und Innovationstätigkeit unterstützt. Die Unternehmen können sich dabei an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen oder Universitäten wenden und unter Berücksichtigung eines 20-prozentigen Selbstbehaltes 80 Prozent der vereinbarten Vorbereitungs- oder Beratungsleistungen für Forschungs-, Entwicklungs- oder Innovationsvorhaben mit dem Scheck bezahlen.

Eigenes KMU-Instrument im EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation

Um kleinen und mittleren Unternehmen einen leichteren Zugang zu „Horizon 2020“ zu ermöglichen, haben sich die Wirtschaftskammer Österreich und die UEAPME (Verband des Handwerks und der KMU auf europäischer Ebene) erfolgreich für die Schaffung eines eigenen bereichsübergreifenden KMU-Instruments eingesetzt. Das rechtlich gesondert verankerte Instrument richtet sich an innovative KMU mit hohem Wachstumspotenzial und deckt von der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit einer Innovation, der eigentlichen Forschungs- und Entwicklungsphase bis zur Markteinführung alle Innovationsphasen ab.

2 Millionen Euro für die Markteinführung innovativer Produkte

Mit der Innovationsfinanzierung „Markt.Start“ werden junge, innovative Unternehmen bzw. Start-Ups, die jünger als 5 Jahre alt sind, bei der Überführung technischer Neuerungen in marktfähige Produkte unterstützt. Dafür stehen 2 Millionen Euro zur Verfügung.

Seit der Einführung der Initiative im September 2012 wurden bereits 30 Firmen bei ihrem Wachstum am österreichischen Markt finanziell mit rund 14 Millionen Euro und mit Kontakten zu etablierten Industrieunternehmen unterstützt. Mehr als die Hälfte dieser Firmen haben ihr Engagement bereits über die Grenzen Österreichs ausgeweitet.

Kreativwirtschaftsscheck: 1,5 Millionen Euro

Auch 2015 stehen für EPU und KMU erneut 300 Kreativwirtschaftsschecks zu je 5.000 Euro für die Inanspruchnahme von Kreativleistungen im Zuge eines Innovationsvorhabens von Unternehmen aller Branchen zur Verfügung. Bereits 2013 und 2014 gab es dafür insgesamt je 3 Millionen Euro, da die ursprünglich vorgesehenen 300 Schecks aufgrund der großen Nachfrage auf 600 Schecks verdoppelt wurden.

¹⁹ Quelle: WKO-Wirtschaftsbarometer, Herbst 2015

Fortführung der Internationalisierungsinitiative bis 2019 gesichert

Seit April 2015 stehen insgesamt weitere 56 Millionen Euro zur Unterstützung exportorientierter Unternehmen zur Verfügung. Mit dem „Europa-Scheck“ wurde zudem ein neues Förderinstrument geschaffen, das insbesondere Klein- und Mittelbetriebe zur Ko-Finanzierung von direkten Markteintrittskosten (z.B. Rechtsberatung, Werbemaßnahmen) in Europa abrufen können.

Handwerkerbonus: 30 Millionen Euro für Förderung von Handwerkerleistungen

Seit Juli 2014 wurden KMU-Handwerkerleistungen für die Renovierung, Erhaltung und Modernisierung von heimischem Wohnraum indirekt gefördert, was zu mehr Aufträgen für Unternehmen führt. Aufgrund der großen Nachfrage waren die Fördermittel im November 2014 bereits ausgeschöpft. Die WKÖ setzte sich erfolgreich dafür ein, dass die für das Jahr 2015 eingeplanten finanziellen Mittel bereits ab Dezember 2014 freigegeben wurden (zur Weiterführung des Handwerkerbonus siehe 3.1.2).

Vergabeverfahren verkürzt – Schwellenwertverordnung bis 2016 verlängert

Öffentliche Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich können bis zu einem Wert von 100.000 Euro (statt 50.000 Euro), Bauaufträge im Rahmen des nicht offenen Verfahrens ohne Bekanntmachung bis zu 1 Million Euro (statt 300.000 Euro) direkt an Unternehmen vergeben werden. Dies führt zu einer Verkürzung der Vergabeverfahren um durchschnittlich drei Monate, in Einzelfällen sogar um bis zu fünf Monate. Die Verfahrenskosten sinken um rund 75 Prozent, in komplexeren Fällen sogar um über 90 Prozent.

Erleichterungen bei GmbH-Gründungen

Mit der GmbH-Novelle traten 2013 wesentliche Erleichterungen für GmbH-Gründer in Kraft. Bei der erneuten Änderung der GmbH-Bestimmungen 2014 konnten Einschnitte abgewehrt werden, sodass seit 1.3.2014 durch ein Gründungsprivileg die Stammeinlage für die ersten zehn Jahre ab der Gründung von 35.000 Euro auf 10.000 Euro herabgesetzt werden kann. Die Mindest-Körperschaftsteuer wurde ebenfalls gesenkt und beträgt ab 1.7.2013 für neu gegründete GmbH während der ersten fünf Jahre 500 Euro, danach 1.000 Euro und ab dem elften Jahr schließlich 1.750 Euro pro Jahr.

Erleichterung der Teilnahme von KMU an ASI-Normungsgremien

Um ein ausgewogenes und KMU-freundliches Normschaffen sicherzustellen, refundierte die WKÖ ihren Mitgliedsunternehmen – wie bereits im Jahr 2014 – den für 2015 vom Austrian Standards Institute (ASI) vorgeschriebenen Teilnahmebetrag in den Normungsgremien. Seit 2014 besteht zudem die Möglichkeit, über Internet kostenlos Vorschläge für Normprojekte zu kommentieren. Eine im gleichen Jahr eingerichtete Schlichtungsstelle beim ASI setzt sich unter anderem mit Fragen der fairen Zusammensetzung von Normungsausschüssen auseinander.

Erhöhung der Forschungsprämie von 10 auf 12 Prozent

Rund 80 Millionen Euro mehr an Förderungen bekommen forschungsaktive Unternehmen durch die im Juli 2015 beschlossene Erhöhung der Forschungsprämie von 10 auf 12 Prozent. Insgesamt fließen damit knapp eine halbe Milliarde Euro an öffentlichen Forschungsgeldern in die Privatwirtschaft.

3.1.2 Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?

Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.500 Euro anheben

Die geltende Grenze von 400 Euro für sofort abschreibbare Wirtschaftsgüter wurde seit 1982 nicht geändert. Durch eine Anhebung der Grenze auf 1.500 Euro kann der Impuls für Investitionen verstärkt und eine zusätzliche Verwaltungsvereinfachung für Unternehmen bewirkt werden. Alle Branchen können von der Anhebung der Grenze profitieren. Stufenweise sollte eine weitere Anhebung erfolgen.

Investitionsfreibetrag schaffen

Einführung eines Investitionsfreibetrags, der den zu versteuernden Gewinn eines Unternehmens mindert und Unternehmen Anreize bietet, rascher und in höherem Ausmaß neue Investitionen zu tätigen, z. B. in maschinelle Anlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Errichtung und Bau von Gebäuden und Bauten.

Investitionszuwachsprämie in konjunkturell schwachen Zeiten einführen

Einführung einer Investitionszuwachsprämie, die in Zeiten von schwachem Wachstum einen zusätzlichen steuerlichen Anreiz bietet, Investitionen zu tätigen. Um die Wirkung besser zu entfalten, soll die Maßnahme befristet eingeführt werden, auf Zukunftsbereiche fokussiert sein und jedenfalls auch immaterielle Wirtschaftsgüter umfassen.

Betriebsnachfolgen und -übergaben erleichtern

Unternehmensnachfolgen sollen durch Gesamtrechtsnachfolge sowie steuerliche Entlastung von Unternehmensveräußerung (Verfünffachung des Freibetrags und Ausdehnung der Progressionsermäßigung) erleichtert werden. Weiters muss eine Flexibilisierung der starren Regelungen bei Übernahmen, wie beispielsweise einjähriger Kündigungsschutz der Mitarbeiter bei Betriebsübergang, erfolgen. Die strengen Formpflichten bei Gründungen und Geschäftsanteilsübertragungen sollen durch die qualifizierte elektronische Signatur ersetzt werden.

Rechtlichen Rahmen im Neugründungs-Förderungsgesetz verbessern

Sämtliche Begünstigungen des Neugründungs-Förderungsgesetzes (NEUFÖG) sollen auch für Betriebsübernahmen gelten. Die Lohnnebenkosten-Begünstigung soll auch für innerhalb von 3 Jahren nach Betriebsübernahme zusätzlich eingestellte Mitarbeiter gelten (max. für 5 Arbeitnehmer für 12 Monate nach Einstellung des ersten Mitarbeiters).

Handwerkerbonus ausbauen und verlängern

Im Rahmen der 2014 und 2015 durchgeführten Förderaktion erhielten Privatpersonen eine Förderung von bis zu 600 Euro für die Renovierung, Erhaltung oder Modernisierung ihres Hauses oder ihrer Wohnung, wenn dabei Leistungen eines Handwerkers oder befugten Unternehmens in Anspruch genommen wurden. Die Initiative soll auf unbefristete Zeit fortgeführt und die zur Verfügung stehenden Mittel erhöht werden. Wie in Deutschland soll auf bis zu 1.200 Euro pro Förderfall aufgestockt werden. Zudem sollen die Anwendungsfälle erweitert werden.

F&E-Know-how für KMU leichter nutzbar machen

KMU verfügen häufig nicht über eine eigene F&E-Infrastruktur bzw. eigenes Forschungspersonal. Eine gute Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene – stärkt die Innovationsfähigkeit von KMU und verkürzt die Zeit bis zur Marktreife von Innovationen. Der Zugang von KMU zu wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen sowie zu Forschungsinfrastrukturen soll auch für den Prototypenbau, Demonstrationsvorhaben sowie die Validierung von Innovationen und die Erstproduktion in Pilotanlagen unterstützt werden.

Breiten Innovationsbegriff etablieren

Immaterielle Vermögenswerte, Dienstleistungs- und Prozessinnovation, neue Geschäftsmodelle und Kreativwirtschaft sind wesentliche Treiber der Innovation in der Wirtschaft. Daher sollen diese nicht-forschungsbasierten Innovationen in den Instrumenten der regionalen, österreichischen und europäischen Innovationspolitik, in Richtlinien und in Förderkriterien systematisch verankert werden.

Standortstrategie für Leitbetriebe umsetzen und Standortboard etablieren

Die Maßnahmen aus der Standortstrategie für Leitbetriebe des BMWFW sollen rasch umgesetzt werden. Dazu soll ein unabhängiges Standortboard mit Beteiligung der Wirtschaft eingerichtet werden. Leitbetriebe und KMU sind wirtschaftlich eng miteinander vernetzt, wodurch auch sie profitieren.

Büro im Wohnungsverband steuerlich begünstigen

Da der Arbeitsplatz bzw. das Büro von Ein-Personen-Unternehmen oft im Wohnbereich liegt und schwer räumlich trennbar ist, soll das Arbeitszimmer im Wohnungsverband pauschal steuerlich begünstigt werden. Eine steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein Arbeitszimmer soll auch dann erfolgen, wenn der Mittelpunkt der Tätigkeit zwar außerhalb des Arbeitszimmers liegt, aber kein anderer Arbeitsplatz verfügbar ist.

Vorsteuerabzug für Firmen-PKW

Der derzeitige österreichische Vorsteuer-Abzug ist im EU-Vergleich immer noch stark eingeschränkt. Es wird deshalb eine Ausweitung des Vorsteuerabzugs auf alle betrieblich genutzten Fahrzeuge gefordert. Insbesondere soll eine Ausweitung nach ökologischen Kriterien (alternativer Antrieb) forciert werden.

Die Rolle des Enterprise Europe Network stärken

Die Tätigkeiten und Aufgaben des Enterprise Europe Network sollen auf den Binnenmarkt konzentriert und das Enterprise Europe Network somit als zentrale Anlaufstelle für KMU in EU-Fragen positioniert werden. Umgekehrt soll die Europäische Kommission die Rückmeldungen des Enterprise Europe Network hinsichtlich Binnenmarkthindernissen und KMU-Belastungen aktiv in den EU-Gesetzgebungsprozess einfließen lassen. Dabei hilft auch eine weitere Vertiefung der Kooperation zwischen dem Enterprise Europe Network und SOLVIT, die aufgrund positiver Synergieeffekte sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene weiter zu stärken ist.

3.2 Bürokratie und Entlastung

Wie eingangs aufgezeigt, gehört Österreich zu den Ländern mit der höchsten Abgabenquote, wobei insbesondere die Steuern auf Arbeit hoch bemessen sind. Zudem werden die bürokratischen Belastungen für Unternehmen als sehr hoch eingestuft. Um den kleinen und mittleren Betrieben wieder mehr unternehmerischen Spielraum zu geben, ist die Reduzierung administrativer und steuerlicher Belastungen ein wichtiger Bereich der WKÖ-Wirtschaftspolitik.

3.2.1 Wirtschaftspolitische Erfolge: Wie wurden die Unternehmen in den vergangenen Jahren entlastet?

Senkung der Lohnnebenkosten

Mit der im Juli 2014 bzw. Jänner 2015 erfolgten Senkung des Unfallversicherungsbeitrages bzw. des Beitrags zum Insolvenzentgeltfonds um jeweils 0,1 % wurde die von der WKÖ langjährig geforderte Trendwende zur Senkung der Lohnnebenkosten eingeleitet. Die Arbeitszusatzkosten der österreichischen Betriebe verringern sich pro Jahr um insgesamt 200 Millionen Euro. Zwischen 2016 und 2018 werden die Lohnnebenkosten weiter um fast 1 Mrd. Euro reduziert. Schon mit 1.1.2016 soll der Beitrag zum Insolvenzentgeltfonds um weitere 0,1 % auf 0,35 % gesenkt werden. Der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds sinkt mit 1.1.2017 um 0,4 % und mit 1.1.2018 um weitere 0,2 % auf 3,9 %. Das ist die größte Lohnnebenkostensenkung, die es in den vergangenen Jahrzehnten gegeben hat.

Senkung der Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung

Ab Jänner 2016 wird für Selbständige die monatliche Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung von 724 Euro auf 405 Euro abgesenkt und damit an die Geringfügigkeitsgrenze der unselbständig Beschäftigte angepasst.

Halbierung der SVA-Verzugszinsen für Selbständige

Die unverhältnismäßig hohen Verzugszinsen von 8 Prozent bei zu spät geleisteten Abgaben an die SV-Träger bzw. bei im Rahmen von Prüfungen festgestellten Beitragsschulden werden auf 4 Prozent

gesenkt und damit an die Verzugszinsen gemäß Bundesabgabenordnung angepasst. Dies entspricht einer Entlastung von knapp 20 Millionen Euro pro Jahr.

100 Millionen Euro weniger Belastung durch Abschaffung der Gesellschaftsteuer

2014 wurde mit dem Abgabenänderungsgesetz die Gesellschaftsteuer abgeschafft. Dadurch wird für Unternehmen ein zusätzlicher Anreiz zur Eigenkapitalbildung und Risikokapitalfinanzierung geschaffen. Das Gesetz tritt mit Jänner 2016 in Kraft.

Kostenersparnis durch vereinfachte Lohnverrechnung für ausbildende Betriebe

Ein ausbildender Betrieb musste für seine Lehrlinge bis zu 15 unterschiedliche Sozialversicherungs-Beitragsgruppen berücksichtigen. Für die richtige Zuordnung des Lehrverhältnisses trugen die Unternehmen die volle Verantwortung. Bei Fehleinschätzung führte dies nicht selten zu Nachzahlungen, Geldstrafen und Beitragszuschlägen. Dieser Aufwand und das Risiko der korrekten Einstufung gehören mit Jänner 2016 der Vergangenheit an, denn ab diesem Zeitpunkt gibt es einen ermäßigten Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag (3,35 und 2,4 Prozent), der für die gesamte Lehrdauer gilt. Das Gesamtaufkommen ist kostenneutral.

Erleichterungen bei Verlustverrechnung für Einnahmen-Ausgaben-Rechner

Bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnern konnten ursprünglich Verluste berücksichtigt werden, wenn diese in den vorangegangenen drei Jahren entstanden sind. Durch die im Juli 2015 beschlossene Steuerreform können Verluste künftig – wie bei Bilanzierern – zeitlich unbegrenzt vorgetragen werden, sofern sie durch eine ordnungsmäßige Gewinnermittlung berechnet werden. Die Neuregelung ist ab der Veranlagung für das Jahr 2016 anzuwenden und gilt für Verluste, die ab dem Jahr 2013 entstanden sind.

Stromnetzgebühren um 2,3 Prozent gesenkt

Rund 30 Prozent der Stromkosten eines Unternehmens entfallen auf die Netzgebühren, die von der Energie Control Austria beschlossen werden. Mit Jänner 2014 wurden die Nutzungsentgelte im österreichweiten Durchschnitt um 2,3 Prozent gesenkt, was einer Gesamtentlastung für Stromkunden und Unternehmen von knapp 40 Millionen Euro entspricht.

Kostenreduktion durch einheitliches Gewerberegister

Seit Jänner 2015 gibt es in Österreich anstatt der 14 unterschiedlichen Gewerberegister nur mehr ein einheitliches Register, wodurch sich wesentliche Einsparungen auf Seiten der Unternehmen und der Verwaltung ergeben. Jeder Unternehmer kann österreichweit eine elektronische Gewerbebeanmeldung durchführen, muss also nicht mehr persönlich zur Gewerbebehörde gehen.

Firmenzerschlagung durch Erbrechtsnachfolge verhindert

Durch die im Juli 2015 beschlossene Reform des Erbrechts werden Unternehmensübergaben im Erbweg und damit der Fortbestand des Unternehmens massiv erleichtert. Denn Pflichtteilsansprüche können unter bestimmten Voraussetzungen künftig für eine bestimmte Zeit teilweise oder sogar ganz gestundet werden. Eine Zerschlagung von Unternehmen wird damit verhindert. Von dieser positiven Neuregelung sind bis zu 7.000 Unternehmensübergaben jährlich betroffen.

Bürokratische Entlastung durch Genehmigungsfreistellungsverordnung

Mit der im April 2015 beschlossenen Genehmigungsfreistellungs-Verordnung werden Tausende ungefährliche Kleinanlagen von der gewerblichen Genehmigungspflicht befreit. Davon profitieren vor allem KMU, mit kürzeren Verfahren, mehr Rechtssicherheit und deutlich weniger Kosten.

Weniger Bürokratie für KMU bei EU-Vorschriften – ein erster Schritt

Das REFIT-Programm (Regulatory Fitness and Performance Programme) ist ein Programm zur Eignungsprüfung bestehender EU-Vorschriften und bildet einen Schwerpunkt des Arbeitsprogramms der neuen EU-Kommission. Im Juni 2014 berichtete die Kommission über die Fortschritte bei der Umset-

zung von REFIT und schlug neue Initiativen zur Vereinfachung der Vorschriften und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sowie die Aufhebung geltender Vorschriften vor. Die WKÖ hat dazu eine umfassende Stellungnahme erarbeitet und diese an die Kommission und das Europäische Parlament übermittelt.

Unter den zu vereinfachenden Rechtsakten finden sich alle, die von der Wirtschaftskammer Österreich im Rahmen der öffentlichen „Konsultation der EU Kommission zur Ermittlung der 10 aufwändigsten Rechtsakte für KMU“ an die EU-Kommission übermittelt wurden. Mit diesem Vorhaben will die EU-Kommission dem von der WKÖ immer wieder geforderten Prinzip „Think small first“ stärker zum Durchbruch verhelfen.

Elektroaltgeräte-Richtlinie KMU-tauglich umgesetzt

Seit Juli 2014 ist die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie über die Verwertung von Elektroaltgeräten in Kraft. Die ursprünglich für den Handel vorgesehene Erweiterung der Rücknahmepflicht von Elektroaltgeräten auch ohne Neukauf eines gleichwertigen Gerätes konnte die WKÖ erfolgreich abwehren, da Österreich bereits über eine gut ausgebaute Sammelinfrastruktur verfügt.

KMU-freundliche Novellierung der Eisenbahnbau- und Betriebsverordnung

Keine Überforderung von Klein- und Mittelbetrieben durch technische Vorgaben im Zuge der Änderung der Eisenbahnbau- und Betriebsverordnung (EisbBBV). Mit dem ursprünglichen Entwurf wäre ein kostengünstiger Betrieb von Nebenbahnen auf einer entsprechenden Infrastruktur nicht mehr möglich gewesen. Stattdessen ist seit Oktober 2014 eine nutzerfreundliche EisbBBV in Kraft, mit der die Möglichkeit zur Differenzierung bei den technischen Regelungen nach den tatsächlichen Anforderungen bei Eisenbahnen, insbesondere bei „Light-Rail-Systemen“, festgeschrieben wurde.

3.2.2 Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?

KMU-gerechte Rechtssetzung forcieren

Um die Entwicklung des Binnenmarktes nachhaltig zu stärken, muss am „Think small first“-Prinzip festgehalten werden. Österreich sollte diesen Grundsatz bei der EU-Gesetzgebung im Rat stets vertreten. Die Rechtssetzung und ihre Umsetzung sollen bereits von Beginn an KMU-gerecht erfolgen und nur in Einzelfällen Ausnahmen für Kleinstbetriebe ermöglicht werden.

Lohnnebenkosten signifikant senken

Sämtliche finanziellen Spielräume für eine Senkung der im internationalen Vergleich hohen Lohnnebenkosten sind auszunutzen. Österreich zählt zu den Ländern mit den höchsten Lohn- und Lohnnebenkosten, wodurch den heimischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb ein Nachteil entsteht. Die WKÖ fordert daher die konsequente Umsetzung der angekündigten Reduzierungen und darüber hinaus weitere spürbare Senkungen.

Unfallversicherungsbeitrag (UV-Beitrag) reformieren

Die Zahl der Arbeitsunfälle konnte in den vergangenen 20 Jahren um rund 40 % verringert werden. Der Dienstgeberbeitrag zur Unfallversicherung wurde hingegen nur um 0,1 % auf 1,3 % gesenkt. Das liegt vor allem daran, dass immer mehr Beitragseinnahmen für unfallversicherungsfremde Zwecke eingesetzt werden. Durch Kostenwahrheit würde sich ein erheblicher Spielraum zur Beitragssenkung ergeben. Parallel zur Senkung des UV-Beitrags der Arbeitgeber soll ein Unfallversicherungsbeitrag für Freizeitunfälle für Arbeitnehmer eingeführt werden.

Beitrag gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz verringern

Der Nachtschwerarbeitsbeitrag kann gesenkt werden, wenn das seit Jahrzehnten unveränderte Zugangsalter analog der Schwerarbeitspension auf 60 Jahre angepasst wird.

Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6 % auf 5 % herabsetzen

Trotz vergleichbarer Arbeitslosenrate ist der Arbeitslosenversicherungsbeitrag in Österreich doppelt so hoch wie in Deutschland. Die Notstandshilfe soll über das Steuersystem und den Finanzausgleich finanziert werden, ebenso wie die aktive Arbeitsmarktpolitik für Bezieher von Notstandshilfe und Mindestsicherung. Bei niedrigen Einkommen sollen nicht nur auf Arbeitnehmerseite, sondern parallel auch auf Arbeitgeberseite niedrigere Arbeitslosenversicherungsbeiträge gelten.

Auflösungsabgabe ersatzlos streichen

Die Auflösungsabgabe ist bei Arbeitgeberkündigungen, einvernehmlichen Auflösungen und mehr als sechs Monate dauernden Befristungen zu entrichten. Die Auflösungsabgabe sollte ersatzlos gestrichen werden, insbesondere für jene Mitarbeiter, bei denen es zu saisonal bedingten Beendigungen kommt oder eine Wiedereinstellungszusage besteht. Die Belastung für die Wirtschaft durch die Auflösungsabgabe beträgt rund 60 Millionen Euro pro Jahr.

Lohnnebenkostenbefreiung für den ersten Mitarbeiter im ersten Jahr gewähren

Ein-Personen-Unternehmen sollen bei der Aufnahme des ersten Mitarbeiters im ersten Beschäftigungsjahr von allen Lohnnebenkosten befreit sein.

Vereinfachung der Lohnverrechnung

Die Lohnverrechnung stellt einen sehr hohen Verwaltungsaufwand für Unternehmen dar und ist eine Leistung, die Unternehmen unentgeltlich für Fiskus, Sozialversicherung und Arbeitnehmer erbringen. Der jährliche Aufwand beträgt ca. 400 Millionen Euro. Dieser Aufwand soll durch eine umfassende Konsolidierung und Vereinfachung reduziert werden, um Verwaltungskosten für die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung zu senken.

Prinzip „Beraten statt strafen“ umsetzen

Grundgedanke des Prinzips „beraten statt strafen“ ist, dass nicht jeder aufgedeckte Verstoß gegen eine Verwaltungsvorschrift unbedingt und ausnahmslos mit einer Verwaltungsstrafe sanktioniert werden muss. So soll bei erstmaligen und fahrlässigen Verstößen eine Ermahnung ausreichend sein. Dieses Prinzip soll in den jeweiligen Materiegesetzen (z.B. in der Gewerbeordnung) normiert werden.

Sozialversicherungs- und Steuerrecht angleichen

Eine weitergehende Harmonisierung der Beitragsgrundlagen für Sozialversicherung und lohnsummenabhängiger Steuern, die Reduktion der Sozialversicherungs-Beitragsgruppen und eine Senkung der Sätze können zu einer Angleichung zwischen Sozialversicherungs- und Steuerrecht beitragen. Insbesondere sind Verfahren, Einhebung und Prüfung zu vereinheitlichen.

Rechtssicherheit in Bezug auf den Selbständigenstatus bieten

In der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) versicherte Personen sollen nur bei gemeinsamer Statusfeststellung durch Gebietskrankenkasse und SVA oder – bei Uneinigkeit – durch eine unabhängige Schlichtungsstelle in Arbeitnehmer umgewandelt werden können. Rückwirkend soll eine Statusänderung ausschließlich bei Rechtsmissbrauch zulässig sein. Mittelfristig ist ein „Recht auf Selbständigkeit“ anzustreben.

Mehr Rechtssicherheit im Sozialversicherungsrecht

Der Rechtsschutz für Dienstgeber soll durch Richtlinien des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger anstelle von bloßen Empfehlungen des Hauptverbandes verbessert werden. Die Verfallsfristen im Sozialversicherungsrecht sollen an das Arbeitsrecht angepasst werden.

„Only Once“-Prinzip umsetzen

Bereitgestellte Informationen, die durch Meldeverpflichtungen oder beispielsweise beim Einreichen von Förderanträgen bereits an die Verwaltung (elektronisch) geliefert wurden, sollen für weitere Informationspflichten wieder verwendet werden.

Kumulationsprinzip entschärfen

Das im Verwaltungsstrafrecht geltende Kumulationsprinzip, demzufolge einzelne Verwaltungsübertretungen nebeneinander zu bestrafen sind, führt in der Praxis zu unverhältnismäßigen Mehrfach- bzw. Nebeneinanderbestrafungen. Diese Strafen stehen teilweise in Missverhältnis zum begangenen Unrecht der Tat und können selbst bei Bagatellverstößen die Existenz von Betrieben gefährden. Im Rahmen einer Novellierung des VStG soll dieses Prinzip entschärft werden.

Verpflichtende statistische Meldungen sind auf ein notwendiges Maß zu reduzieren

Statistische Meldepflichten werden von Unternehmen als besonders belastend empfunden. Verwaltungsdaten müssen vermehrt in weiter verarbeitbarer Form zur Verfügung gestellt werden, um Doppelmeldungen der Unternehmen zu vermeiden.

Bagatellsteuern ersatzlos streichen

Die ersatzlose Streichung zahlreicher steuerlicher Bestimmungen mit geringer Aufkommenswirkung würde wesentlich zur Systemvereinfachung beitragen, beispielsweise Rechtsgeschäftsgebühr, Flugabgabe, Schaumweinsteuer, Lustbarkeitsabgaben und Werbeabgabe. Die Abschaffung der Bagatellsteuern entlastet daher nicht nur Unternehmen, sondern auch die öffentliche Verwaltung.

Abschaffung der Mindestkörperschaftsteuer

Die Mindestkörperschaftsteuer benachteiligt ertragsschwache und kleine Unternehmen, da sie gezwungen werden, dem Fiskus einen Steuerkredit einzuräumen. Mit der Abschaffung der Mindestkörperschaftsteuer soll vor allem die Liquidität kleinerer Kapitalgesellschaften gesichert werden.

Verfahren im Betriebsanlagenrecht vereinfachen und beschleunigen

Die Anzahl der einzureichenden Unterlagen sollte reduziert und der Betriebsanlagenvollzug durch Einrichtung eines bundeseinheitlich gestalteten Verfahrensmonitorings modernisiert werden. Die durchschnittliche Dauer ist von 90 auf 40 Tage zu senken. Nach dem One-Stop-Shop-Prinzip sollte gelten: ein Vorhaben, ein Verfahren, eine Bewilligung. Veröffentlichungspflichten für Industrie-, Infrastruktur- und Entsorgungsanlagen sind zu reduzieren sowie Vereinfachungseffekte im vereinfachten Genehmigungsverfahren in der Gewerbeordnung wiederherzustellen.

3.3 Unternehmensfinanzierung zukünftig sichern

Aufgrund der angespannten konjunkturellen Lage wie auch der veränderten Rahmenbedingungen durch Basel II und III haben sich die Verfügbarkeit und die Bedingungen der Unternehmensfinanzierung in den vergangenen Jahren verschlechtert. Alternative Finanzierungsformen (wie z.B. Risikokapital, Crowdfunding) sind im internationalen Vergleich in Österreich erst selten verfügbar. Die Sicherstellung der Versorgung mit Bankkrediten (etwa durch die Bereitstellung von Garantien) wie auch der Ausbau alternativer Finanzierungsformen sind daher wichtige Zielsetzungen.

3.3.1 Wirtschaftspolitische Erfolge: Wie kann die Finanzierungssituation zukünftig verbessert werden?

KMU-Begünstigung bleibt trotz Basel III weiterhin aufrecht

Die WKÖ konnte eine Absenkung der Risikogewichte für Kredite an KMU bis zu einem Betrag von 1,5 Millionen Euro von 75 % auf rund 54 % durchsetzen. Im Zuge der nationalen Umsetzung von Basel III konnte damit ein höherer Kapitalbedarf zur Eigenkapitalunterlegung von KMU-Krediten vermieden werden.

Finanzierung für Start-ups, Gründer und KMU verbessert

Seit Juli 2014 sind die neuen Förderrichtlinien der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) in Kraft. Der Förderschwerpunkt wird dabei auf Start-ups und Gründer gelegt. Mit der Halbierung der Bearbeitungsentgelte und der Erleichterung des Zugangs zu Garantien für Klein- und Mittelbetriebe wurde eine langjährige Forderung der WKÖ erfüllt. Darüber hinaus werden erstmals auch Kapitalmarktprospekte gefördert. Neu ist auch, dass redlich gescheiterte Unternehmer bereits zwei Jahre nach Aufhebung eines Insolvenzverfahrens wieder berechtigt sind, um eine aws-Förderung anzusuchen.

Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für Crowdfunding

Seit August 2015 gibt es neue Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung. Die zentralen Eckpunkte der neuen Rahmenbedingungen für Crowdfunding sind die Erhöhung der Schwelle für die Prospektspflicht von 250.000 Euro auf 1,5 Millionen Euro, die Einführung eines abgestuften Informationssystems sowie der Einführung eines erleichterten Prospekts zwischen 1,5 und fünf Millionen Euro.

Risk-Sharing Instrument (RSI)

Der European Investment Fund (EIF) und die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) bieten die europaweit erste Rückgarantievereinbarung im Rahmen des „Risk Sharing Instrument“ (RSI). Dafür wurden für 2014 und 2015 knapp 29 Mio. Euro mobilisiert. Mit dem Risk Sharing Instrument sollen Banken dazu ermutigt werden, Finanzierungen für innovative KMU und mittelständische Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten anzubieten.

Über kostenlose Online-Kontaktplattform schneller zu Risikokapital

Unter der WKÖ-Prämisse „Vereinfachung“ wurde die kostenlose Online-Kontaktplattform Equity Finder (www.equityfinder.at) der aws eingerichtet, über die Unternehmen einen einfacheren Zugang zu Risikokapital, Crowdfunding oder anderen alternativen Finanzierungsformen haben. Möglich sind sowohl die Kontaktabahnung sowie der Austausch von Investitionsmöglichkeiten mit Business Angels.

Erhöhung der steuerfreien Mitarbeiterbeteiligung

Mit der Erhöhung der steuerfreien Mitarbeiterbeteiligung von 1.460 auf 3.000 Euro eröffnet sich insbesondere für kleine und mittlere Betriebe eine kostengünstige Alternative zu den herkömmlichen Finanzierungsformen. Die Beteiligung bildet für die Mitarbeiter einen Anreiz zu eigenverantwortlichem Handeln, sie steigert die Motivation und bewirkt eine stärkere Identifikation mit dem Unternehmen.

Entlastungen bei der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Um finanzielle Engpässe zu vermeiden, können Jungunternehmer seit Beginn 2014 einen zinsfreien Aufschub der Versicherungszahlungen beantragen, welche dann in zwölf Teilbeträgen innerhalb von maximal drei Jahren geleistet werden können.

Zahlungserleichterungen für KMU in der Sozialversicherung

Im April 2013 wurde die Einrichtung eines Überbrückungshilfefonds bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft beschlossen. Damit können Selbständige - insbesondere Ein-Personen-Unternehmen und Kleinbetriebe - zum Ausgleich ihrer finanziellen Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge und unter Berücksichtigung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse - einen Zuschuss zu den Pensions- und Krankenversicherungsbeiträgen, d.h. Überbrückungshilfe beantragen. Dieses Pilotprojekt, welches ursprünglich befristet war, wurde 2014 ins Dauerrecht übernommen.

3.3.2 Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?

Kreditversorgung der Wirtschaft sichern

Bestehende und geplante Regulierungen des Finanzsektors müssen kritisch auf ihre Auswirkungen auf die Kreditvergabekapazitäten geprüft werden. Retail- und Kommerzbanken kommt eine wesentliche Funktion bei der Unterstützung der Realwirtschaft - insbesondere von KMU - zu, weshalb ihre Finanzierungskapazität nicht unverhältnismäßig beschränkt werden darf.

Privates Kapital durch Einführung eines Beteiligungsfreibetrags mobilisieren

Es muss eine zukunftsorientierte Investitionskultur in Österreich etabliert und die Beteiligung privater Investoren attraktiver gestaltet werden. Private Beteiligungen an Neugründungen oder kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sollen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro als Freibetrag über fünf Jahre absetzbar sein. Zugleich soll die Besteuerung von Kapitalerträgen zumindest auf das frühere Niveau von 25 % zurückgeführt oder weiter gesenkt werden.

Abzugsfähigkeit der Eigenkapitalverzinsung

Eigenkapitalfinanzierung wird zurzeit steuerlich benachteiligt, da nur Fremdkapitalzinsen steuerlich absetzbar sind. Dem soll durch die Abzugsfähigkeit von fiktiven Eigenkapitalzinsen gegengesteuert werden.

Europäische Instrumente für Unternehmensfinanzierung intensiver nutzen

Bessere Nutzung und Planbarkeit der in verschiedenen EU-Programmen und der Europäischen Investitionsbank angebotenen Finanzierungsinstrumente für Unternehmen auf nationaler Ebene. Gleichzeitig soll der damit verbundene bürokratische Aufwand reduziert werden.

Vorgesehene EU-Strukturfondsmittel für gewerbliche Wirtschaft einsetzen

Die EU-Strukturfonds EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) bzw. ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) enthalten beide umfassende Wirtschaftsförderungen (z.B. EFRE für F&E, KMU, Übergang auf CO₂-arme Wirtschaft und ELER für die Unterstützung der regionalen gewerblichen Wirtschaft). Die Mittel sollen von der Politik in dem von der EU voll beabsichtigten Ausmaß der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Mittel für Förderagenturen und Finanzinstitute in ausreichender Höhe bereitstellen

Die Mittel für Förderungen durch das Austria Wirtschaftsservice (aws) und die Österreichische Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) müssen in ausreichender Höhe sichergestellt und gemäß einer dem Förderauftrag gerecht werdenden unternehmerfreundlichen Risikopolitik eingesetzt werden. Der Zugang zu Haftungen kann durch Umsetzung der im Regierungsprogramm 2013 - 2018 vorgesehenen Aufhe-

bung der Länderkreisbeschränkungen, Anhebung der Obergrenze für Einzelgarantien und maßvollere Anwendung persönlicher Sicherheiten verbessert werden.

3.4 Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft

Wie die Daten eindrucksvoll belegen, spielen die österreichischen kleinen und mittleren Betriebe eine zentrale Rolle in der Lehrlingsausbildung. EU-weit zeigt sich, dass Österreich auch beim Anteil weiterbildungsaktiver Unternehmen im Spitzenfeld liegt. Viele Betriebe haben jedoch bereits Schwierigkeiten, geeignete Lehrlinge oder Fachkräfte zu finden. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen müssen so gestaltet werden, dass die heimischen KMU auch zukünftig ihrer Funktion im Bereich der Aus- und Weiterbildung nachkommen können und genügend Fachkräfte für die Wirtschaft zur Verfügung stehen.

3.4.1 Wirtschaftspolitische Erfolge: Was wurde bis heute getan, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Beschäftigung zu fördern?

Novelle zum Berufsausbildungsgesetz bringt neue Möglichkeiten für Ausbildungsbetriebe

Verbesserungen für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, bringt die im Mai 2015 beschlossene Novelle zum BAG. So können z. B. standardisierte Ausbildungsprogramme für Teilqualifikationen eingerichtet werden, um mehr Jugendlichen als bisher eine hochwertige duale Einstiegsqualifikation zu bieten. Des Weiteren wird es für eine Lehre mit Matura eine unbürokratische Verlängerungsmöglichkeit der Lehrzeit im Ausmaß der Vorbereitungsmaßnahmen auf die Berufsreifeprüfung ohne die Zustimmung des Landes-Berufsausbildungsbeirats geben.

500 Millionen Euro für Kombilohn und Eingliederungsbeihilfe

Die im Rahmen der Initiative 50+ reservierten budgetären Mittel für 2016 und 2017 – womit die Eingliederung arbeitsloser Personen über 50 Jahre, die länger als 180 Tage beim AMS als arbeitslos vorgemerkt sind, gefördert werden – wurden von ursprünglich 270 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro aufgestockt. Davon sind 60 Prozent für Eingliederungsbeihilfen und Kombilohn sowie 40 Prozent für sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte zu verwenden.

Österreichs Betriebe sind Top-Ausbildner

2015 konnten die heimischen Lehrlinge bzw. das Team Austria insgesamt 16 Medaillen erringen und den Europameistertitel bei den europäischen Berufsmeisterschaften EuroSkills verteidigen. Der Erfolg der jungen Fachkräfte belegt die herausragende Qualität der Ausbildungsarbeit österreichischer Unternehmen als Schlüssel des dualen Bildungssystems. Bei Freistellungen von Lehrlingen für Berufswettbewerbe (EuroSkills, WorldSkills) erhalten Lehrbetriebe den aliquoten Anteil der Lehrlingsentschädigung als Zuschuss ausbezahlt.

Lehrberufe von WKÖ kontinuierlich weiterentwickelt

Um den Fachkräftebedarf der Unternehmen sicherstellen zu können, werden die Lehrberufe kontinuierlich weiterentwickelt und neue Lehrberufe geschaffen. Beispiele sind Lehrberufe in Elektrotechnik, Glasbautechnik, Bekleidungsgestaltung, Gießereitechnik, Einzelhandel usw.

Anpassung der Lehrberufe an den Bedarf der Wirtschaft

Im Jahr 2014 wurden zudem 14 Lehrberufe novelliert, unter anderem der Beruf mit den meisten Lehrlingen, nämlich der Lehrberuf „Einzelhandel“ mit einer Vielzahl von Schwerpunkten. Des Weiteren konnte die WKÖ mit den anderen Sozialpartnern eine Einigung über Maßnahmen im Qualitätssicherungsbereich erzielen, wodurch Lehrberufe künftig rascher an den Wandel der Zeit angepasst werden können.

Berufsorientierung mit 60.000 „Talente-Checks“ pro Jahr verbessert

Für eine bessere Berufsvorbereitung in Unternehmen werden angehende Lehrlinge und Schüler auf ihre individuellen Fähigkeiten getestet. Dazu werden von der Wirtschaftskammerorganisation – größtenteils in Kooperation mit Schulen – pro Jahr bis zu 60.000 Tests durchgeführt, die den Schulabsolventen eine bessere Orientierung für ihre Berufswahl bieten sollen.

Zuzugsbegünstigung für Forscher und Wissenschaftler aus dem Ausland

Zur Sicherung des Forschungspersonals in den heimischen Unternehmen wurde im Juli 2015 ein „Zuzugsfreibetrag“ in Höhe von 30 Prozent beschlossen. Angesichts des internationalen Wettbewerbs um die „besten Köpfe“ wurde damit für Wissenschaftler und Forscher der Anreiz für deren Zuzug nach Österreich wesentlich verbessert.

Rot-Weiß-Rot-Karte für qualifizierte Zuwanderung

Die Rot-Weiß-Rot-Karte ermöglicht die Zuwanderung von qualifiziertem Personal aus Nicht-EU-Staaten in Abstimmung mit den Bedürfnissen österreichischer Unternehmen. Schnellere und unbürokratischere Verfahren sind seit 2013 möglich. Seither kann die Rot-Weiß-Rot-Karte auch direkt im Inland vom Arbeitgeber beantragt werden.

Einführung der Bildungsteilzeit

Als weiteres Modell für die Weiterbildung von Arbeitnehmern wurde Mitte 2013 neben der Bildungskarenz die Bildungsteilzeit eingeführt. Mitarbeiter können ihre reguläre Arbeitszeit um ein Viertel oder die Hälfte reduzieren und dafür Weiterbildungsgeld beziehen. Die Mitarbeiter sind damit während ihrer Fortbildung weiterhin im Betrieb verfügbar.

3.4.2 Wirtschaftspolitische Forderungen: Was muss zukünftig noch getan werden?

Image der dualen Ausbildung steigern

Die Attraktivität der Lehre soll durch ein zielorientiertes Qualitätsmanagement sowie durch die Erschließung neuer Zielgruppen wie Maturanten, Erwachsene und Studienabbrecher gestärkt werden.

Betriebliche Ebene stärken

Betriebe kennen ihre Bedürfnisse am besten. Sie sollen daher im Einvernehmen mit dem Betriebsrat bzw. Arbeitnehmer mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Arbeitszeit erhalten. Das Arbeitszeitgesetz sollte eine praxisorientierte und betriebsbezogene Arbeitszeitgestaltung ermöglichen. Eine kollektivvertragliche Regelung sollte nicht mehr Voraussetzung dafür sein. Regelungen unmittelbar auf Betriebsebene, die durch Betriebs- oder Einzelvereinbarungen erfolgen, könnten passgenaue Lösungen für die individuellen Betriebsanforderungen schaffen.

Arbeitszeit flexibilisieren

Stärkung der betrieblichen Ebene, gesetzlichen Normalarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag und gesetzliche Höchstarbeitszeit von 12 Stunden. Einführung einer flexiblen Wochen(end)ruhe sowie Zeitkonten mit bis zu 250 Stunden pro Jahr und zweijährigem Durchrechnungszeitraum.

Überstundenzuschläge auf 25 % reduzieren

Die Berechnungsgrundlage des gesetzlichen Überstundenzuschlages soll mittels Kollektivvertrag abweichend geregelt werden können. Derzeit ist nach der Judikatur nur die gesetzliche Berechnungsgrundlage zulässig. Der Zuschlagssatz soll dem Niveau in Deutschland angepasst und somit von 50 % auf 25 % reduziert werden.

Verlängerung der Probezeit auf drei Monate

Nach nur einem Monat Probezeit gelten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bereits relativ lange Kündigungsfristen und -termine. Damit mehr Zeit zur Prüfung bleibt, ob Arbeitnehmer und Arbeitgeber zueinander passen, ist die Probezeit (wie bei Lehrverhältnissen) auf 3 Monate zu verlängern.

Verpflichtende Bildungsziele erstellen

Ein inhaltliches Gesamtkonzept soll verbindliche Bildungsstandards in Form von grundlegenden Kompetenzen mit klar definierten Mindestlevels in den einzelnen Fächern bundeseinheitlich vorgeben und eine standardisierte Überprüfung vorsehen.

Jugend besser in den Arbeitsmarkt integrieren

Dazu notwendig ist eine stärkere Förderung der Instrumente „Jugendstiftung“, „Arbeitstrainings“, „Lohnzuschüsse“ und Förderung von Ausbildungsbetrieben. Zudem sind Betriebe, die freiwillig bereit sind, schwächeren Jugendlichen eine Chance auf einen Arbeitsplatz/auf eine Lehrstelle zu bieten, zu unterstützen.

Nationalen Qualifikationsrahmen etablieren

Mithilfe des nationalen Qualifikationsrahmens soll eine prinzipielle Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zum Ausdruck gebracht werden. Die bereits definierten Referenzqualifikationen (Lehrabschluss auf Stufe vier, Meisterprüfung auf Stufe sechs) sind eine gute Ausgangsbasis. Künftig sollen auch hochwertige Weiterbildungsabschlüsse zugeordnet und auf den Stufen sechs und sieben als „berufliche Tertiärbildung“ neben der akademischen Tertiärbildung definiert werden.

Qualität und Attraktivität der Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) sicherstellen

Die Berufsbildenden Höheren Schulen bieten Berufsbildung auf hohem Niveau, das international dem Vergleich mit Angeboten auf tertiärer Ebene standhält. Die Diplome der 5-jährigen BHS sollten internationalen Standards gemäß unter Sicherstellung der entsprechenden Qualitätsstandards als erster tertiärer Abschluss anerkannt werden („short cycle degree“ bzw. „associate diploma“).

Betriebliche Fortbildungsprämie einführen

Für die im Zuge der Steuerreform 2015/2016 abgeschafften Instrumente Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie soll ein Nachfolgemodell geschaffen werden. Die Treffsicherheit muss gegeben sein, indem die Anreizwirkung zur Qualifizierung direkt im Unternehmen bzw. beim Unternehmer selbst ansetzt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen

Flächendeckende Ausweitung des Angebotes an Kinderbetreuung durch öffentliche und private Anbieter (Kinderbetreuungsplätze für ein Drittel der Kinder unter 3 Jahren sowie für 90 Prozent der Kinder von 3 bis 5 Jahren – Barcelona-Ziele) sowie eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Reduktion des Anspruchs auf Elternteilzeit bis zum 4. Lebensjahr des Kindes und Schaffung einer Bandbreitenregelung für Reduktion und Veränderung der Arbeitszeit bei Elternteilzeit. Darüber hinaus sollen neue Fördermodelle bei Telearbeit eingerichtet werden, um qualifizierte Teilzeitarbeit zu ermöglichen.

Absetzbarkeit von Betreuungskosten ausweiten

Kosten für die Kinderbetreuung können von den Eltern in Höhe von maximal 2.300 Euro pro Kalenderjahr und Kind abgesetzt werden. Dies gilt grundsätzlich bis zum Pflichtschulalter des Kindes. Dieser Betrag soll erhöht und die Altersgrenze bis zum Ende des Pflichtschulalters erweitert werden. Weiters sollen auch Haushaltshilfen steuerrechtlich berücksichtigt werden.

Verpflichtendes Kindergarten- und Vorschuljahr einführen

Durch ein zweijähriges Modell ab dem vierten Lebensjahr, das für alle Kinder kostenfrei und verpflichtend eingerichtet wird, sollen die notwendigen Sprach- und Sozialkompetenzen gebildet werden, die unverzichtbare Voraussetzung für einen gleichberechtigten, erfolgreichen Eintritt in die Volksschule darstellen.

Berufsbildung auf tertiärer Ebene stärken und Durchlässigkeit ermöglichen

Die Berufsbildung auf tertiärer Ebene soll durch Ausbau und Weiterentwicklung bestehender und neuer Angebotstypen (z.B. Berufsakademien) gestärkt werden. Weiters soll die Durchlässigkeit für

Studierende, die aus der Berufsbildung kommen, gefördert werden. Vorab erworbene Kompetenzen aus dem außerhochschulischen Bereich sollen angerechnet werden, wenn die Äquivalenzprüfung eine Gleichwertigkeit ergibt.

Gesamtstrategie für Arbeitsmigration und Integration etablieren

Ein attraktives Gesamtkonzept für qualifizierte Zuwanderung soll geschaffen werden, indem Spitzenkräfte gezielt angeworben, die Verbindung zu Auslandsösterreichern gepflegt sowie das Instrument der Doppelstaatsbürgerschaft aktiv genutzt und vereinfacht wird. Gleichzeitig gilt es, eine Willkommenskultur für Zuwanderer zu entwickeln. Schlüssel für die erfolgreiche Integration ist die frühzeitige Unterstützung beim Erlernen der Sprache.

Rot-Weiß-Rot-Karte weiterentwickeln

Die Rot-Weiß-Rot-Karte soll auf Doktorats- und Bachelor-Absolventen ausgeweitet und die Jobsuchzeit für Studienabsolventen von derzeit 6 auf 12 Monate verlängert werden. Weitere Punkte, die nachgebessert werden sollen, betreffen die Anpassung der Gehaltsgrenzen, Adaptierung der Punkte aufgrund des Kriteriums Alter, Verzicht auf Nachweis einer ortsüblichen Unterkunft für RWR-Karten-Antragsteller und unbürokratischere Abwicklung durch digitale Übermittlung und zumindest englischsprachige Formulare.

4 Veränderungen für KMU durch die Digitalisierung

Die Digitalisierung zieht als Megatrend einen weitreichenden Wandel aller Ebenen der Gesellschaft (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Technik, Kultur) nach sich. Dem wurde auch auf EU-Ebene mit der „Digitalen Agenda“ Rechnung getragen, die als Leitinitiativen des Wirtschaftsprogramms Europa 2020 auf die Schaffung eines digitalen Binnenmarkts abzielt.²⁰ Die Einbindung der Digitalisierung in die Unternehmensprozesse sowie die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle werden als eine wesentliche zukünftige Herausforderung für den Mittelstand identifiziert, das rasche Einstellen von Gesellschaft und Unternehmen auf die Digitalisierung wird dabei auch über die künftige Bedeutung von Wirtschaftsstandorten mitentscheiden.²¹

Während der Wandel durch die Digitalisierung je nach Unternehmen und Branche unterschiedlich stark wirkt, weisen Expert darauf hin, dass sich kaum ein Unternehmen dem Einfluss ganz entziehen kann. Die Digitalisierung bringt zunehmende Veränderungsgeschwindigkeit und kürzere Produktlebenszyklen mit sich. Bestehende Ressourcen können durch Digitalisierung effektiver und effizienter genutzt werden und Wettbewerbsvorteile durch Schnelligkeit und Flexibilität realisiert werden²².

KMU haben häufig weniger Ressourcen (Know-how, IT-Fachkräfte) zur Verfügung, um komplexere Informations- und Kommunikationstechnologien einzusetzen. Andererseits entstehen gerade durch die Digitalisierung neue Geschäftsmodelle, die kleinstbetriebliche Strukturen ermöglichen (z.B. Webdesigner, die als Ein-Personen-Unternehmer tätig sind).

Im vorliegenden Kapitel werden entstehende Chancen und Risiken für KMU durch die Digitalisierung beleuchtet, der Digitalisierungsgrad der KMU und Unternehmen in unterschiedlichen Branchen anhand von Daten dargestellt sowie Ansätze für einen verstärkten Einsatz digitaler Technologien in KMU angeführt.

Definition: Digitalisierung bedeutet zunächst die Überführung von analogen in digitale Daten. Im Unternehmenskontext wird darunter die Veränderung von Geschäftsmodellen durch die Verbesserung von Geschäftsprozessen aufgrund der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechniken verstanden.²³

4.1 Welche Chancen und Risiken ergeben sich durch die Digitalisierung?

Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien kann für KMU verschiedene Vorteile bringen. Interne Effizienzsteigerungen und Produktivitätsgewinne durch verstärkte Flexibilisierung und Restrukturierung von Produktions- und Arbeitsprozessen, stärkere Vernetzung der Wertschöpfungskette, wodurch auch auf Kundenwünsche schneller und effizienter eingegangen werden kann. Durch Digitalisierung können neue Ideen, Produkte oder gänzlich neue Geschäftsmodelle entwickelt und dadurch auch neue Geschäftsfelder und Märkte erschlossen werden. Der Einsatz von Informa-

²⁰ Vgl. Europäische Kommission (2015): Mitteilung der Europäischen Kommission vom 6.5.2015, Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa (ec.europa.eu/priorities/digital-single-market/docs/dsm-communication_de.pdf)

²¹ Vgl. *Welter et al.* (2014): Das Zukunftspanel Mittelstand Eine Expertenbefragung zu den Herausforderungen des Mittelstands (http://www.ifm-bonn.org/uploads/tx_ifmstudies/IfM-Materialien-229.pdf); FAZ-Artikel von Giersberg, G. (2014): Jetzt revolutioniert das Internet die Arbeit (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-die-digitalisierung-unternehmen-ergreift-13019296.html>)

²² Vgl. *Deloitte* (2013): Digitalisierung im Mittelstand (<http://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/de/Documents/Mittelstand/Digitalisierung-im-Mittelstand.pdf>); FAZ-Artikel von Giersberg, G. (2014): Jetzt revolutioniert das Internet die Arbeit (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-die-digitalisierung-unternehmen-ergreift-13019296.html>)

²³ Vgl. *Deloitte* (2013): Digitalisierung im Mittelstand (<http://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/de/Documents/Mittelstand/Digitalisierung-im-Mittelstand.pdf>)

tions- und Kommunikationstechniken in KMU kann zudem zu verbessertem Marketing, besserer Kundeninteraktion oder auch einfacherer und schnellerer Rekrutierung führen²⁴.

Als wichtigster Vorteil, den KMU bei der Umsetzung von digitalen Lösungen haben, gilt ihre größere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit: Während z. B. die Einführung einer Cloud-Lösung für elektronische Kommunikation und Zusammenarbeit in einem Dienstleistungsunternehmen mit 30 Mitarbeiter in weniger als zwei Monaten implementiert werden kann, ist ein Großunternehmen mit über eintausend Mitarbeiter, und mit höheren Kosten pro Arbeitsplatz, möglicherweise ein Jahr damit befasst.²⁵

Bei vielen KMU führen die vielfältigen neuen Technologien und der rasche Wandel jedoch auch zu Überforderung. Zu häufig genannten Barrieren der Digitalisierung in KMU zählen²⁶:

- Fehlende Informationen und fehlende Sensibilisierung: Möglichkeiten, aber auch Gefahren digitaler Technologien sind wenig bekannt.
- Fehlendes Know-how und fehlende Zeit: Viele KMU haben nicht die nötigen Ressourcen und Fähigkeiten, die für eine digitale Weiterentwicklung des Unternehmens erforderlich sind.
- Hohe Einstiegskosten: Durch erhöhte Einstiegsschwellen scheidet es oft, moderne Technologien im kleinen Maßstab anzuwenden.
- Größere Risiken: Ein KMU, das mit einem Webshop Verluste macht, kann diese nicht so einfach wie ein Großbetrieb durch andere Sparten kompensieren.
- Einstellung der Entscheidungsträger und Eigner: Beobachtet werden kann ein Spektrum, das von großer Skepsis bis zu „Technologieverweigerung“ reicht.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts lagen noch keine Studienergebnisse über die Einschätzung von Chancen und Risiken der Digitalisierung durch österreichische KMU vor. Erhebungen unter mittelständischen Unternehmen in Deutschland zeigen, dass die befragten Unternehmer am häufigsten Kosteneinsparungen als Chance der Digitalisierung wahrnehmen. Viele Unternehmer bewerten auch die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und die Möglichkeit, Produkte und Dienstleistungen nach individuellen Kundenwünschen anpassen zu können, als Chance. Vorteile, die sich z. B. für Vertrieb und Kundenansprache oder für die Erschließung neuer Märkte ergeben, werden dagegen noch seltener genannt.²⁷

Als Risiken beim Einsatz digitaler Technologien gelten insbesondere steigende Anforderungen an die Datensicherheit und die Abhängigkeit von der Stabilität der technischen Infrastruktur. Auch der zunehmende Wettbewerbsdruck, der durch die größere Markttransparenz entsteht, wird häufig als Risiko wahrgenommen. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Chancen und Risiken, die die Digitalisierung aus Sicht der mittelständischen Unternehmer in Deutschland bringt.²⁸

²⁴ Vgl. Pannagl, S. (2015): Digitalisierung der Wirtschaft, Bedeutung Chancen und Herausforderungen, WKO Dossier Wirtschaftspolitik. (<https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Standort-und-Innovation/2015-05-Dossier-Digitalisierung-der-Wirtschaft.pdf>);

BCG (2012): The \$4.2 Trillion Opportunity – the Internet Economy in the G-20. The Connected World, März 2012 (<https://www.bcg.com/documents/file100409.pdf>)

²⁵ Vgl. *Asut Bulletin* (3/2015): KMU und Digitalisierung (http://www.asut.ch/de/publikationen/asut-bulletin/cat_view/1-publikationen/2-bulletin/82-asut-bulletin-2015)

²⁶ Vgl. *Asut Bulletin* (2015): Wege zur digitalen Schweiz (http://www.asut.ch/de/publikationen/asut-bulletin/cat_view/1-publikationen/2-bulletin/82-asut-bulletin-2015)

²⁷ Vgl. *GfK Enigma GmbH* (2014): Umfrage in mittelständischen Unternehmen zum Thema Digitalisierung – Bedeutung für den Mittelstand im Auftrag der DZ Bank (https://www.dzbank.de/content/dam/dzbank_de/de/library/presselibrary/pdf_dokumente/DZ_Bank_Digitalisierung_Grafiken.pdf)

²⁸ Vgl. *ebd.*

Chancen und Risiken durch den Einsatz digitaler Technologien, 2014



Anmerkung:

Basierend auf einer Befragung unter mittelständischen Unternehmen in Deutschland mit einem Jahresumsatz zwischen 500.000 Euro bis 125 Mio. Euro

Je größer ein Begriff abgebildet ist, umso stärker wird die Chance bzw. das Risiko von den befragten mittelständischen Unternehmen wahrgenommen. Chancen sind in den Farben Schwarz/Grau, Risiken in den Farben Rot/Rosa dargestellt.

Quelle: GfK enigma GmbH (2014): Umfrage in mittelständischen Unternehmen zum Thema Digitalisierung – Bedeutung für den Mittelstand im Auftrag der DZ Bank

(https://www.dzbank.de/content/dam/dzbank_de/de/library/presselibrary/pdf_dokumente/DZ_Bank_Digitalisierung_Grafiken.pdf) Darstellung: KMU Forschung Austria

4.2 Status Quo: Wie „digitalisiert“ sind die österreichischen Unternehmen?

4.2.1 Grad der Digitalisierung insgesamt im EU-Vergleich

Ein Blick auf die Daten macht deutlich, dass österreichische KMU im EU-Durchschnitt bereits überdurchschnittlich häufig digitale Technologien einsetzen. Es zeigt sich jedoch auch: Je größer ein Unternehmen, umso häufiger kommen Informations- und Kommunikationstechnologien zum Einsatz. Im Vergleich zu Großunternehmen, die deutlich stärker digitalisiert sind, gibt es für KMU noch Potential, die Digitalisierung für Innovation und Wachstum stärker zu nutzen.

Unterschiedlich fortgeschritten ist die Digitalisierung auch je nach Komplexität der eingesetzten Technologie. Während Internetzugang und das Betreiben einer Website mittlerweile auch in vielen Klein- und Mittelbetrieben zum Standard gehören, ist der Online Verkauf, die Nutzung von sozialen Medien oder auch der Einsatz von komplexeren IKT-Tools und Cloud basierten Services in Großunternehmen deutlich weiter fortgeschritten.

Wie die nachfolgende Grafik veranschaulicht, ist bei KMU ab 10 Beschäftigten der Internetzugang praktisch flächendeckend gegeben. Der Anteil der KMU (mit 10 - 249 Beschäftigten) mit Internetzugang beträgt 98 %. Dabei handelt es sich überwiegend (96 %) um einen festen oder mobilen Breitbandzugang.²⁹

86 % der österreichischen KMU (mit 10 bis 249 Beschäftigten) betreiben eine Website. Auf dieser bieten rund 40 % Produktkataloge und Preislisten an, rund 30 % posten Stellenangebote auf ihre Website

²⁹ Quelle: Eurostat

und nehmen Online-Bewerbungen entgegen. Rund 25 % stellen auf der Website Online-Bestellungs- oder Reservierungssystem bereit.³⁰

Seltener zum Standard gehört in KMU der Einsatz von ERP- (Enterprise Resource Planning) oder CRM-(Customer Relationship Management) Systemen. In rund 40 % der KMU (mit 10 bis 249 Beschäftigten) werden diese Systeme eingesetzt. Durch ERP-Systeme können die Abstimmung verschiedener Funktionsbereiche innerhalb eines Unternehmens optimiert werden und so Effizienzsteigerungen erzielt werden. CRM-Systeme dienen der systematischen Sammlung und Bearbeitung von Kundendaten.

Ebenfalls rund 40 % der österreichischen KMU (ab 10 Beschäftigten) nutzen soziale Medien. Diese stellen eine gute Möglichkeit für KMU dar, kostengünstig in digitale Kommunikationstechnologien einzusteigen. Es sind jedoch auch entsprechende personelle Ressourcen notwendig, um z.B. ein Facebook-Account oder einen unternehmenseigenen Blog up to date zu halten. Am häufigsten werden soziale Netzwerke wie Facebook, LinkedIn, Xing, Viadeo etc. genutzt. 36 % der KMU in Österreich verwenden die genannten Netzwerke. 12 % verwenden Anwendungen für den Austausch multimedialer Inhalte, wie z. B. YouTube, Flickr, Picasa, Slideshare, etc. und ein im Vergleich dazu deutlich geringerer Anteil (rund 6 % der KMU) betreibt unternehmenseigene Blogs oder Mikroblogs wie z. B. Twitter. 7 % der KMU verwenden Wiki-basierte Anwendungen zum Austausch von Wissen oder Information.³¹

Soziale Medien werden am häufigsten dazu verwendet, das eigene Unternehmensprofil zu entwickeln oder Produkte darzustellen (31 % der KMU mit 10 – 249 Beschäftigten geben diesen Grund an). 15 % der KMU nutzen soziale Medien für die Einstellung von Mitarbeiter und 14 % zur Einholung oder Beantwortung von Fragen, Meinungen oder Bewertungen von Kunden. 12 % setzen soziale Medien für die Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern oder andern Organisationen ein. Geringere Bedeutung hat für KMU (Anteil: 6 %) die Einbeziehung der Kunden in die Entwicklungs- oder Innovationsmaßnahmen bezüglich Waren oder Dienstleistungen, wenn es um die Nutzung sozialer Medien geht.³²

Knapp 70 % der KMU (ab 10 Beschäftigten) in Österreich nutzen das Internet zum Einkaufen. Für 12 % der österreichischen KMU fungiert das Internet auch als Vertriebskanal. Im EU-Vergleich zeigt sich, dass in Österreich ein geringer Anteil der KMU online verkauft (Anteil im EU-Durchschnitt: 15 %). Der Anteil der KMU, die Umsätze aus elektronischem Handel erzielen, stagnierte überdies während der vergangenen Jahre.³³

Die österreichischen KMU nutzen auch seltener Cloud Dienste. Während innerhalb der EU 28 % der KMU (ab 10 Beschäftigten) angeben, kostenpflichtige Cloud Computing Dienste über Internet zu beziehen, trifft dies auf 11 % der österreichischen KMU zu. Am häufigsten werden von österreichischen KMU dabei E-Mail und die Speicherung von Daten als Cloud Computing Dienste gekauft. Zu den wichtigsten Gründen, warum viele österreichische KMU keine Cloud Dienste verwenden, zählen insbesondere das Risiko von Sicherheitsproblemen sowie unzureichende Kenntnisse über Cloud Computing Dienste. Jene KMU, die bereits Cloud Dienste im Einsatz haben, schätzen die Flexibilität durch die bedarfsgerechte Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse sowie einfachere und schnellere Implementierung von IT-Lösungen.³⁴

RFID (Radio frequency Identification)-Technologien kommen bei der Vernetzung von Produktionsprozessen zum Einsatz. RFID-Systeme können in Produkte eingesetzt werden und von dort Echtzeitdaten über ihren Zustand und Umgebung senden und so in der Produktion Qualität, Zeit und Kosten optimie-

³⁰ Quelle: Eurostat

³¹ Quelle: Eurostat

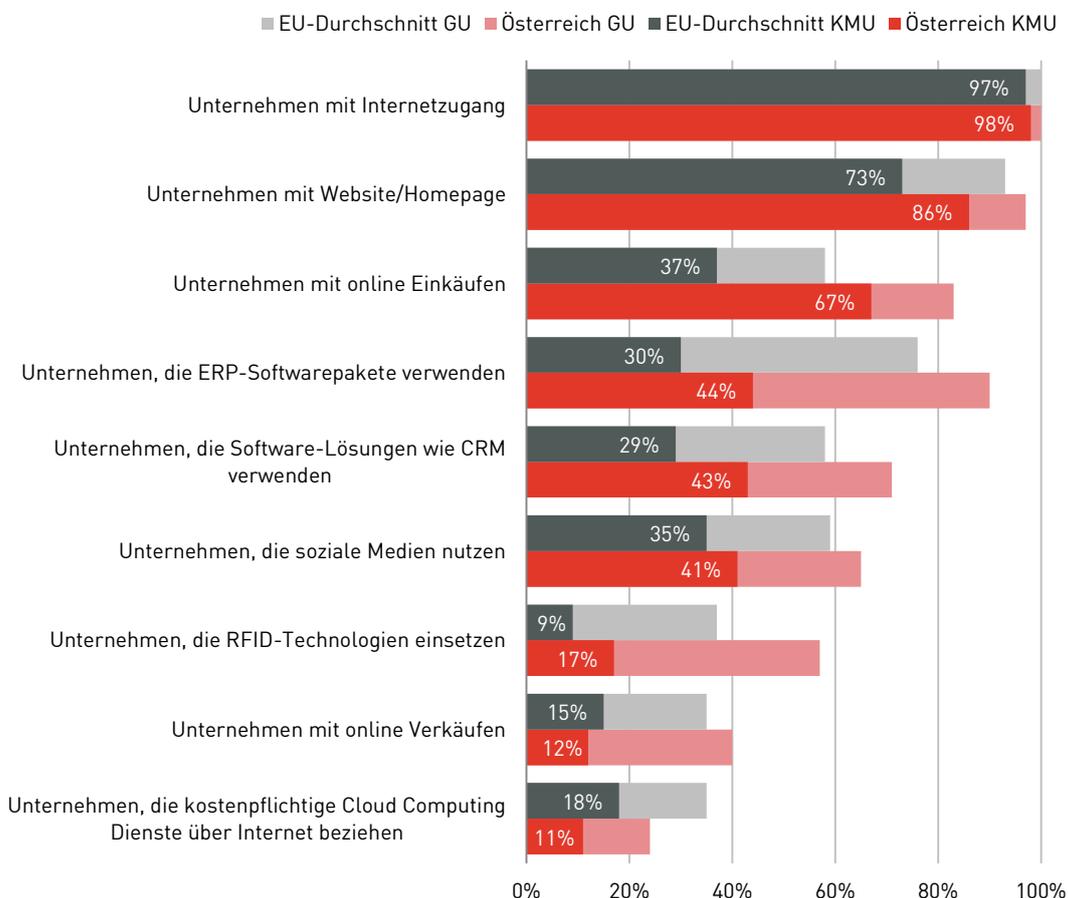
³² Quelle: Eurostat

³³ Vgl. *Europäische Kommission* (2014): SBA Factsheet 2014 (http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/files/countries-sheets/2014/austria_en.pdf);

³⁴ Quelle: Eurostat

ren. Österreichische KMU (ab 10 Beschäftigten) setzen diese Systeme im EU-Vergleich bereits überdurchschnittlich häufig ein (Anteil: 17 % vs. 9 % in KMU EU-weit).

Grad der Digitalisierung in österreichischen KMU (ab 10 Beschäftigten) und Großunternehmen im EU-Vergleich, Anteil der Unternehmen in %, 2014



Anmerkung:
 KMU = Unternehmen mit 10 – 249 Beschäftigten, GU = Großunternehmen mit 250 Beschäftigten und mehr
 Quelle: Eurostat

4.2.2 Digitalisierung in unterschiedlichen Branchen

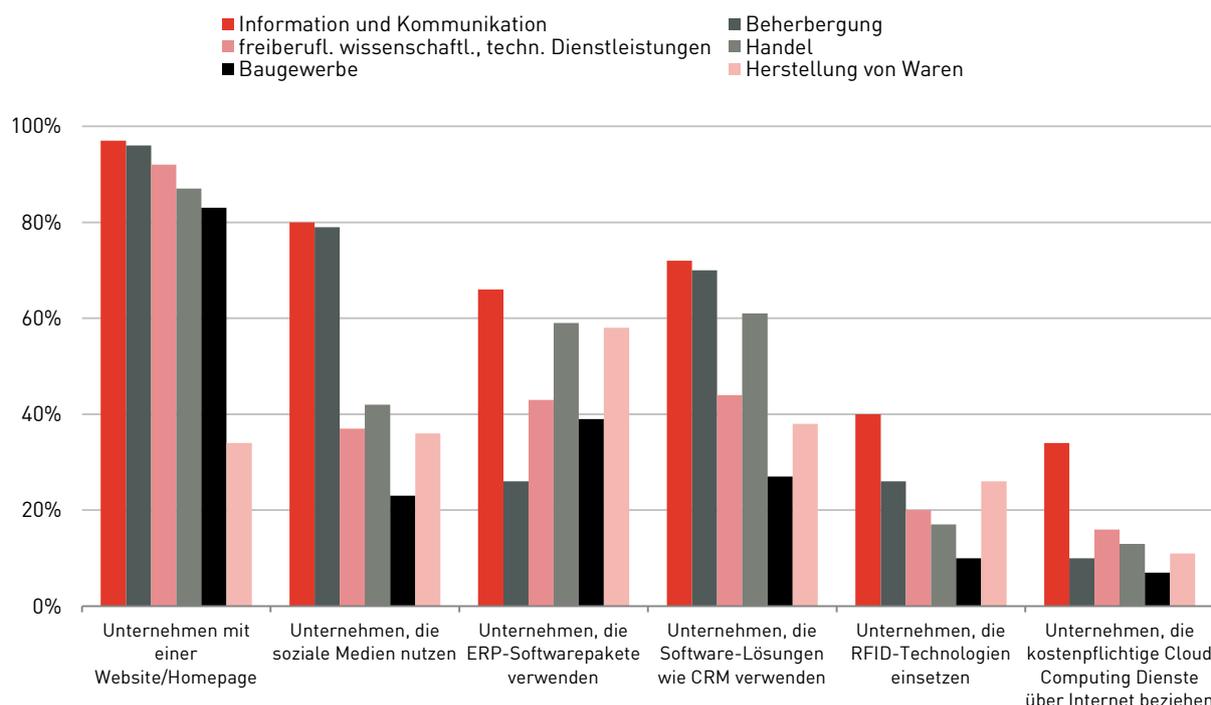
Die verschiedenen Wirtschaftsbranchen sind, wie bereits erwähnt, unterschiedlich stark und zu unterschiedlichen Zeitpunkten von Transformationsprozessen betroffen. Während etwa im Bereich der Musik- und Fotoindustrie der Transformationsprozess bereits weit fortgeschritten ist, unterzieht sich das Verlagswesen derzeit einem Wandel und es werden im Handel unterschiedliche Konzepte (Onlinehandel, Kombination von Online- und stationärem Handel oder stationäre Alternativen zum Online-Handel) erprobt³⁵. Daher nehmen die Unternehmen je nach Branchenzugehörigkeit die Digitalisierung auch unterschiedlich wahr. Eine Befragung unter mittelständischen Unternehmen in Deutschland

³⁵ Vgl. FAZ-Artikel von Giersberg, G. (2014): Jetzt revolutioniert das Internet die Arbeit (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-die-digitalisierung-unternehmen-ergreift-13019296.html>)

zeigte etwa, dass im Handel 80 % der Befragten Digitalisierung als sehr bedeutsam ansehen, im Dienstleistungsbereich 50 % und in der Industrie 33 %³⁶.

Diese Unterschiede zeigen sich auch bei einem Branchenvergleich des IKT-Einsatzes in österreichischen Unternehmen: Während der Bereich Information und Kommunikation und die Beherbergung zu einem hohen Anteil bestimmte digitale Technologien einsetzen, fallen die Anteile etwa im Baugewerbe und der Herstellung von Waren in einigen Bereichen geringer aus.

Grad der Digitalisierung in ausgewählten Branchen (Unternehmen ab 10 Beschäftigte) in Österreich, Anteil der Unternehmen in %, 2014



Quelle: Eurostat

Wie der empirische Befund zeigt, kommt gerade im Tourismus den digitalen Kanälen eine hohe Bedeutung zu. Die österreichischen Beherbergungsbetriebe (ab 10 Beschäftigten) sind fast flächendeckend über eine Website im Internet vertreten. Knapp 80 % nutzen soziale Medien und etwa 70 % setzen Software-Lösungen wie Customer Relationship Management (CRM) für die Verwaltung ihrer Kundenbeziehungen ein. Vergleichsweise selten kommen ERP-Softwarepakete oder Cloud Dienste zum Einsatz. Im Tourismus wie auch zunehmend in anderen Branchen werden externe Buchungsportale immer wichtiger. Provisionszahlung für die Online-Portale müssen dabei gegen die geringere Reichweite beim Direktvertrieb abgewogen werden. Ein Mix aus unterschiedlichen Vertriebswegen kann hier sinnvoll sein.

Auch der österreichische Handel hat sich in den vergangenen Jahren einem digitaler Wandel unterzogen. Aufgrund des Trends zu „ROPO“ (Research Online Purchase Offline) ist es für Einzelhändler

³⁶ Vgl. *Deloitte* (2013): Digitalisierung im Mittelstand (<http://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/de/Documents/Mittelstand/Digitalisierung-im-Mittelstand.pdf>)

wichtig, über eine Website im Internet vertreten und damit schon bei diesem dem Kauf vorgelagerten Prozess präsent zu sein. Über 90 % der Handelsunternehmen (ab 10 Beschäftigten) betreiben eine Website. Zudem haben sich die Zahl der Online-Shops und der Internet-Umsatz dynamisch entwickelt: Zwischen 2006 und 2013 hat sich die Zahl der Online-Shops im österreichischen Einzelhandel mehr als verdoppelt – von rund 3.200 auf rund 7.500 Shops. Insgesamt rund ein Fünftel der Einzelhandelsunternehmen in Österreich verkauft bereits Produkte über das Internet. Auch in den kommenden Jahren wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet, da immer mehr Einzelhändler neben dem stationären Geschäft den Online-Vertriebskanal wählen („Multichanneling“) oder auch neue „reine“ Online-Händler auf den Markt treten. Trotz der dynamischen Entwicklung fließt bislang erst die Hälfte der Internet-Ausgaben der Österreicher in den heimischen Internet-Einzelhandel, die zweite Hälfte lukrieren internationale Einzelhandelsunternehmen bzw. zum Teil auch (Marken-) Hersteller.³⁷

Der Trend zum Online-Shopping führt auch im Handwerk zu neuen Geschäfts- und Verkaufsmodellen. So kommen etwa auch im Handwerk verstärkt Buchungsplattformen zum Einsatz. Bei Portalen wie My-hammer.at oder handwerkerfinden.com können Kunden Aufträge ausschreiben, um die sich Handwerker bewerben können. Für die Handwerksbetriebe ergibt sich so eine größere Reichweite, allerdings müssen für die Portale auch Beiträge entrichtet werden (z.B. rund 60 Euro monatlich für myhammer.at). Andere Handwerks-Online-Portale setzen auf fixe Kooperationen und verstärkte Vernetzung zwischen Hersteller/Fachhändler und Handwerker³⁸.

In der Industrie führt der Einsatz von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer zunehmend vernetzten Produktion. Unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ wird „das zielgerichtete Zusammenwachsen modernster Informations- und Kommunikationstechnologien mit klassischen Produktions- und Logistikprozessen sowie ihren Ressourcen – technologie- und unternehmensübergreifend“³⁹- verstanden. In der Praxis können Objekte gegenseitig Informationen austauschen und durch künstliche Intelligenz selbstständig Entscheidungen treffen. Produkte in intelligenten Fabriken sind eindeutig identifizierbar, lokalisierbar, kennen ihre Historie, ihren aktuellen Zustand und alternative Wege zu ihrem Zielzustand. Dadurch können individuelle Kundenwünsche berücksichtigt werden und selbst individuelle Einzelstücke rentabel produziert werden.⁴⁰

Österreichische Unternehmen setzen wie aufgezeigt im internationalen Vergleich bereits häufig Technologien (wie z. B. RFID-Technologien) ein, die zu den Schlüsseltechnologien der Industrie 4.0 zählen.

4.3 Maßnahmen, um die Digitalisierung in KMU weiter zu forcieren

Aus den angeführten Analysen geht hervor, dass bereits viele österreichische KMU neue Informations- und Kommunikationstechnologien einsetzen und die Chancen der Digitalisierung für sich nutzen.

Um diesen Anteil weiter zu erhöhen, gilt es, den KMU die Vorteile von Digitalisierung zu kommunizieren.⁴¹ KMU sollen insbesondere angeregt werden, über die „Basics“ (Internetzugang und Website)

³⁷ Vgl. *Gittenberger, E. et al.* (2014): Der österreichische Handel 2014: Daten-Fakten-Analysen. Studie der KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, Sparte Handel

Gittenberger, E. et al. (2014): Internet-Einzelhandel 2014. Studie der KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, Sparte Handel mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

³⁸ Quellen: My-hammer.at; handwerkerfinden.com; Handwerker Magazin-Artikel von Peters, P. (7/2015): Heizung aus dem Internet

³⁹ Vgl. http://www.fraunhofer.at/de/pl/leistungsspektrum/industrie_4_0/konzept_industrie_4_0.html

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ Vgl. *Lloyds Bank* (2014): UK Business Digital Index 2014, Benchmarking the digital maturity of small and medium-sized enterprises and charities in the UK.

hinauszugehen, da gerade mit komplexeren IKT-Tools größere Wettbewerbsvorteile erzielt werden können.

Für KMU kann es herausfordernd sein, abzuwägen, welche digitalen Kommunikationstechnologien nützlich und vorteilhaft sind und welche lediglich ein vorübergehender Trend mit geringem Wertschöpfungsbeitrag⁴². Wichtig ist es daher, KMU im Bereich Aus- und Weiterbildung zu Funktionsweise und Einsatzmöglichkeiten digitaler Technologien zu unterstützen.⁴³ Um digital „fit“ zu bleiben ist es dabei wichtig, sich laufend weiterzubilden und über neue Trends informiert zu sein. Digitalisierung ist nicht als das Umsetzen einer einmaligen Maßnahme (z. B. Aufsetzen einer Website) zu sehen, sondern als ein Prozess und eine laufende Weiterentwicklung und Anpassung an die sich verändernden Bedürfnisse der eigenen Zielgruppe⁴⁴.

KMU sollen auch verstärkt dazu hingeführt werden, Digitalisierung als strategisches Kernthema der Unternehmensführung zu betrachten und für die Geschäftsmodellentwicklung zu nutzen. Zu Beginn des Prozesses sollte ein kritisches Hinterfragen der über Jahre gewachsenen Abläufe stehen. Ist das Unternehmen mit dem derzeitigen Geschäftsmodell auch für die Zukunft gerüstet? Inwieweit muss Digitalisierung integrativer Bestandteil des existierenden Geschäftsmodells sein oder müssen gänzlich geänderte Geschäftsmodelle entwickelt werden, um veränderten Wettbewerbssituationen und Kundenbedürfnissen zu entsprechen?⁴⁵

Jene KMU, die bereits zu den Vorreitern gehören und digitale Innovationen umsetzen, müssen ermutigt werden, weiterhin innovativ zu bleiben und ihre Erfahrungen mit anderen zu teilen. Hilfreich für KMU können zum Beispiel stärkere Vernetzung zwischen Unternehmen und Good-Practice Beispiele sein, die aufzeigen, wie andere Unternehmen in einer ähnlichen Position vorgegangen sind.⁴⁶

⁴² Vgl. *Deloitte* (2013): Digitalisierung im Mittelstand (<http://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/de/Documents/Mittelstand/Digitalisierung-im-Mittelstand.pdf>)

⁴³ Vgl. *Yamine, M. et al.* (2014): SMEs and digital communication technologies: A qualitative market research report based on consultation with Small and Medium Sized Enterprises (<http://acma.gov.au/theACMA/Library/researchacma/Research-reports/how-smes-use-digital-technology>)

⁴⁴ Vgl. *Lloyds Bank* (2014): UK Business Digital Index 2014, Benchmarking the digital maturity of small and medium-sized enterprises and charities in the UK. (http://businesshelp.lloydsbankbusiness.com/downloads/LB_UK_Business_Digital_Index_31_03_14.pdf)

⁴⁵ Vgl. *Neurohr, R. E. / Deburba, F.* (2015): Digitale Transformation in deutschen Kernindustrien (http://www.infront-consulting.com/wordpress/wp-content/uploads/2015/03/Infront_Capital-Studie-Digitale-Transformation.pdf); *Deloitte* (2013): Digitalisierung im Mittelstand (<http://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/de/Documents/Mittelstand/Digitalisierung-im-Mittelstand.pdf>); Vgl. *Asut Bulletin* (3/2015): KMU und Digitalisierung (http://www.asut.ch/de/publikationen/asut-bulletin/cat_view/1-publikationen/2-bulletin/82-asut-bulletin-2015)

⁴⁶ Vgl. *Lloyds Bank* (2014): UK Business Digital Index 2014, Benchmarking the digital maturity of small and medium-sized enterprises and charities in the UK. (http://businesshelp.lloydsbankbusiness.com/downloads/LB_UK_Business_Digital_Index_31_03_14.pdf)

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik, Wiedner Hauptstraße 63,
1045 Wien, wko.at/wp, wp@wko.at, Leitung: Dr. Christoph Schneider

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Christoph Leitl

Tätigkeitsbereich: Information, Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung

Blattlinie: Wirtschaftskraft KMU informiert regelmäßig über aktuelle wirtschaftspolitische
Themenstellungen

Druck: Holzhausen Druck GmbH, 2120 Wolkersdorf, Erscheinungsort Wien

Offenlegung: wko.at/offenlegung

Koordination:

Mag. Christoph Haushofer, Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Mitarbeit:

Mag. Robert Koza, Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Arbeitsgruppe KMU-intern:

Prof. Dr. Reinhard Kainz, Leitung AG KMU-intern, WKÖ

Mag. Sabine Pinggera, WK Tirol / Mag. Julius Moosbrugger, WK Vorarlberg / Dr. Angelika Aubrunner,
WK Niederösterreich / Mag. Viktor Larissegger, WK Steiermark / Helmut Mondschein, WK Wien / Mag.
Robert Riedl, WK Oberösterreich / Dr. Gerd Raspotnig, WK Salzburg / Egermann Maria, MBA, WK
Burgenland / MMag Melanie Jann, WK Kärnten / Mag., MLS, Martina Lassel, WKÖ / Mag. Christoph
Haushofer, WKÖ / Mag. Roman Riedl, WKÖ / Mag. Michael Themessl, MA, WKÖ

in Zusammenarbeit mit:

KMU Forschung Austria

Mag. Peter Voithofer

Mag. Karin Bachinger

Mag. Karin Gavac

Gußhausstr. 8

1040 Wien

Layout Titelseite: design:ag, Alice Gutleiderer, www.designag.at

Stand: Dezember 2015

Bestellservice und Download: T 05 90 900-4415 wko.at/kmu

Gendering: Soweit in diesem Text personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Haftungsausschluss: Alle Angaben erfolgen, trotz sorgfältigster Bearbeitung, ohne Gewähr und Haftung des Medieninhabers.